Die DDR – ja und?

Seminar für Lehrerinnen und Lehrer:

30 Jahre danach – Transformationsgeschichte und Deutsche Einheit

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

30 JAHRE DANACH – TRANSFORMATIONSGESCHICHTE UND DEUTSCHE EINHEIT

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,

auf diesen beiden Seiten möchten wir Ihnen die Inhalte der Lehrerfortbildung „30 Jahre danach – Transformationsgeschichte und deutsche Einheit“ vorstellen. Die Materialien zu dieser Fortbildung sind Teil eines umfangreicheren Unterrichtsprojekts zum Thema „30 Jahre danach – Friedliche Revolution, Einheit und Transformation“. Dieses Unterrichtsprojekt ist für die Klassen der 9. und 10. Jahrgangsstufe aller Schulformen konzipiert. Es kann auch in der Oberstufe eingesetzt werden.
In der heutigen Lehrerfortbildung werden Sie an einem konkreten Beispiel einen Teil der Projektmaterialien kennenlernen und dieselben methodischen Schritte durchlaufen, die auch Ihre Schülerinnen und Schüler durchlaufen würden. Auf diese Weise erhalten Sie einen exemplarischen Eindruck von den Materialien und der Methodik dieses Projekts.
Im Folgenden wird das gesamte Projekt kurz vorgestellt.

In welchen Fächern und wann kann das Projekt eingesetzt werden?

Es eignet sich für den Einsatz in den Fächern Geschichte, Gesellschaftslehre, Wirtschaft und Politik. Es kann hervorragend als Abschluss für eine Unterrichtssequenz zur Geschichte der DDR und der Friedlichen Revolution dienen, da es über die Sachkompetenzen hinaus vor allem die Urteils- und Orientierungskompetenz im Anforderungsbereich III einübt.

Wie lange dauert das Projekt?

Das Projekt erstreckt sich über einen Zeitraum von etwa 6 Unterrichtsstunden. In der Oberstufe sind möglicherweise 4 Unterrichtsstunden anzusetzen.

Wie sieht die Präsentation der Projektergebnisse aus?

Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten in Gruppen diejenigen Aspekte, die sie für ihr jeweiliges Teilthema als wichtig erachten. Den Gruppen stehen vier Bereiche zur Auswahl: die Geschichte der Friedlichen Revolution bis zum Mauerfall, der Vereinigungsprozess, die wirtschaftliche Transformationsphase nach 1990 und eine Bilanz nach 30 Jahren Einheit. Die Gruppenergebnisse werden auf den mitgelieferten Plakaten festgehalten und im Anschluss der gesamten Lerngruppe vorgestellt. Die Einzelplakate der jeweiligen Gruppen werden zu einem großen Plakat zusammengefügt. Dieses Großplakat kann in Form einer kleinen Ausstellung auch der Schulöffentlichkeit präsentiert werden, z.B. in der Aula oder im Eingangsbereich der Schule.

Welche Kompetenzen werden geschult?

Mit dem Projekt „30 Jahre danach – Friedliche Revolution, Einheit und Transformation“ üben Ihre Schülerinnen und Schüler folgende Kompetenzen ein:

1. Die Schülerinnen und Schüler erläutern die zentralen historischen Ereignisse der Friedlichen Revolution 1989 in der DDR, des deutschen Vereinigungsprozesses von 1990, zentrale Aspekte des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern sowie Bilanzierungen nach 30 Jahren Einheit, indem sie anhand geeigneter Quellen und Darstellungen Motive und Forderungen der Protagonisten der Bürgerrechtsbewegung in der DDR sowie die wichtigsten Schritte und Schwierigkeiten des deutschen Vereinigungsprozesses von 1990 bis heute herausarbeiten (Sachkompetenz).

2. Die Schülerinnen und Schüler schulen ihre Präsentationskompetenzen, indem sie in Kleingruppen Lernplakate eigenständig und eigenverantwortlich gestalten und diese im Klassenverbund präsentieren (Methodenkompetenz).

3. Die Schülerinnen und Schüler beurteilen und bewerten in Ansätzen die erarbeiteten historischen Sachverhalte der Friedlichen Revolution und des deutschen Vereinigungsprozesses vor dem Hintergrund ihrer eigenen Lebenswelt und setzen sich in ihren Sach- und Werturteilen kritisch mit diesen historischen Prozessen und deren Bedeutung für die eigene Gegenwart auseinander (Urteils-/Orientierungskompetenz).

4. Die Schülerinnen und Schüler entwickeln Argumente für mögliche eigene Positionen innerhalb der gegenwärtigen Erinnerungskultur rund um die historische Aufarbeitung der Friedlichen Revolution und der deutschen Einheit, indem sie eine Ausstellung organisieren, Zeitzeugen befragen und ihre Ergebnisse in geeigneter Form der Schulöffentlichkeit präsentieren (Handlungskompetenz).

Wie funktioniert’s?

Die vier Bereiche des gesamten Unterrichtsprojekts sind:
1. Was war die Friedliche Revolution?
2. Wie funktionierte die Wiedervereinigung?
3. Von der DDR-Planwirtschaft zur Marktwirtschaft
4. 30 Jahre Einheit – und heute?

Sie werden in der heutigen Lehrerfortbildung das Thema Nummer 4 („30 Jahre Einheit – und heute?“) exemplarisch bearbeiten.

1. Bilden Sie Partnertandems oder Kleingruppen.

2. Lesen Sie zunächst die Quellen und Darstellungen zu ihrem Thema in der Broschüre. Sie können diese auch untereinander aufteilen. (ab Seite 5)

3. Dann wählen Sie diejenigen Fotos aus, die Sie für das Plakat nutzen wollen, schneiden diese aus und versehen sie mit selbst formulierten Bildunterschriften. (ab Seite 31)

4. Gestalten Sie gemeinsam das Plakat, indem sie neben den Bildern und Fotos die Plus- und Minus-Kästchen sowie den Fazit-Bogen gemeinsam ausfüllen und auf das Plakat kleben. (ab Seite 43)

5. Danach stellen Sie im Plenum das eigene Plakat vor. Wichtig ist es, dass alle Gruppenmitglieder in der Lage sind, das Fazit darstellen und erläutern zu können.

Wir wünschen viel Freude und spannende Ergebnisse mit dem Projekt „30 Jahre Einheit – und heute?“!

Der Referent

Dr. phil. Frank Schweppenstette

ist ein überzeugter und begeisterter Lehrer für Geschichte, Philosophie und Deutsch am Apostelgymnasium in Köln. Zudem ist er als Fachleiter des Faches Geschichte am ZfsL Köln tätig. Als Fachleiter bildet er junge angehende Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer am Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung in Köln aus. Als Lehrbeauftragter des Historischen Instituts der Universität zu Köln arbeitet er mit Studierenden zusammen an geschichtsdidaktischen Themen. Neben dem Unterricht an Schule, Universität und Studienseminar interessiert er sich im Moment für Werteerziehung im Geschichtsunterricht, Gender History und Geschichtsunterricht in Italien.

Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Schulbücher und arbeitet in der Redaktion der Zeitschrift „gfh. Geschichte für heute. Zeitschrift für historisch-politische-Bildung“ des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. mit.

DIE DDR – JA UND?

DDR UND DIKTATUR – WAS GEHT MICH DAS HEUTE NOCH AN?

INHALT

- **#1** Wie funktionierte Politik in der DDR?
- **#2** Jugendliche in der DDR - ein Alltag für die Politik?
- **#3** Die DDR-Planwirtschaft - eine Wirtschaft ohne Plan?
- **#4** Die „Stasi" - totale Überwachung und Verfolgung durch den Staat?

DIE DDR – JA UND?

30 JAHRE DANACH – FRIEDLICHE REVOLUTION, EINHEIT, TRANSFORMATION

INHALT

- **#1** Was war die Friedliche Revolution?
- **#2** Wie funktionierte die Wiedervereinigung?
- **#3** Von der DDR-Planwirtschaft zur Marktwirtschaft
- **#4** 30 Jahre Einheit – und heute?

MIC gGmbH, Maastrichter Str. 38a, 50672 Köln, Tel.: 0221 925950-0, Mail: info@mic-net.de, Web: www.mint-shop24.de

A) Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in den Grenzen bis 1989

Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR nach Bau der Berliner Mauer in den Grenzen von 1961-1989.

(Grafiken: Adobe Stock)

B) Der Besuch Bundeskanzlers Helmut Kohl in Dresden am 19. Dezember 1989

In Erinnerung ist vielen Ostdeutschen Helmut Kohls historische Rede am 19. Dezember 1989 vor den Trümmern der Frauenkirche in Dresden. Der Auftritt Kohls war ein Balanceakt: Er durfte die Hoffnung seiner Zuhörer nicht enttäuschen und gleichzeitig die Alliierten nicht brüskieren [= vor den Kopf stoßen, bloßstellen]. Später bezeichnete Helmut Kohl den 19. Dezember 1989 als sein „Schlüsselerlebnis" auf dem Weg zur deutschen Einheit. Bis dahin sei auch er der Meinung gewesen, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten frühestens in drei oder vier Jahren möglich sein würde. Dresden habe ihm jedoch schlagartig bewusst gemacht, dass alles viel schneller gehen könnte: „Ich dachte bei mir: Die Sache ist gelaufen. Das Regime ist am Ende und die Menschen wollen die Einheit."

Ein Kirchenchor für den Notfall
Helmut Kohl wusste, dass sein Auftritt vor den Ruinen der Frauenkirche, den er später als den schwierigsten seines Lebens bezeichnete, ein Balanceakt war: „Jeder falsche Zungenschlag wäre sofort in Paris, London oder Moskau als nationalistisch ausgelegt worden." Seine größte Sorge bestand darin, so schreibt er in seinen Memoiren, dass die euphorisierten [= begeisterten] Zuhörer die erste Strophe des „Deutschlandliedes" anstimmen könnten. Für diesen Fall war sogar erwogen worden, ein Posaunenorchester zu engagieren, das ein kräftiges „Nun danket alle Gott" entgegenschmettern sollte. Auf die Schnelle war aber kein Ensemble aufzutreiben gewesen - und es wäre auch nicht gebraucht worden.

Bundeskanzler Helmut Kohl besucht Dresden, Dezember 1989. Quelle: Bundesstiftung Aufarbeitung: Fotobestand Klaus Mehner 89_1219_POL_Kohl-DD_22

Wohldosierte Rede
Kohl vermied bei seinem Auftritt alles, was einem Ausbruch der Emotionen Vorschub geleistet oder die vier Alliierten brüskiert hätte. Er würdigte stattdessen die Leistungen der DDR-Bürger und ihre friedliche Revolution, sagte, dass die Bundesregierung das Recht auf Selbstbestimmung der DDR respektieren und man einen gemeinsamen Weg zur deutschen Einheit finden werde. Und fügte dann den Satz an, auf den seine Zuhörer sehnsüchtig gewartet hatten: „Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation." Und selbst die dem Kanzler keineswegs wohl gesonnene Zeitschrift „Spiegel" würdigte Kohls Auftritt in Dresden: „Bei seinem ersten offiziellen DDR-Besuch brach Kohl mit einer als historisch geltenden Rede die Herzen der Ostdeutschen."

Warum Dresden?
Im Gegensatz zu den Darstellungen Helmut Kohls war sein Auftritt in Dresden durchaus sorgfältig geplant und vorbereitet. Bereits am 5. Dezember 1989 hatten sich der westdeutsche Kanzleramtsminister Seiters und DDR-Ministerpräsident Modrow auf einen Auftritt des Kanzlers in Dresden verständigt. Der offizielle Anlass: eine Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer der Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg. Seit dem 17. Dezember informierten dann die Medien über eine Ansprache Helmut Kohls. Und auch auf der Montagsdemo am 18. Dezember wurde über Ort und Zeitpunkt einer Kanzlerrede informiert. Am Morgen des 19. Dezember setzten sich schließlich Sonderzüge und Busse aus allen Teilen der DDR in Richtung Dresden in Bewegung. Und auch Hunderte Journalisten reisten in die Elbestadt.

Wie viele Menschen jubelten Kohl zu?
Die Fernsehbilder zeigten eine große, scheinbar unübersehbare Menschenmenge, die sich allerdings unmöglich schätzen ließ. In den deutschen Medien war von etwa 100.000 Menschen die Rede. Teilnehmer hielten diese Zahl aber schon damals für grob übertrieben und unrealistisch, allein schon durch die räumlichen Gegebenheiten - vor der Frauenkirche war schlicht kein Platz für eine so große Menschenansammlung. Sie gingen lediglich von etwa 20.000 Zuhörern aus. Ähnlich schätzten auch ausländische Medienvertreter. So sprachen etwa amerikanische Journalisten in ihren Berichten in der „Washington Post" oder im „Wall Street Journal" von „mehreren Tausend Teilnehmern".

Die Zuhörer angefeuert
Während der Rede Kohls, so berichtete ein Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", hätten Sprechchöre, mit dem Rücken zum Rednerpult, das Publikum unentwegt [= ohne Unterbrechung] angefeuert. „Um mich herum standen viele große blonde Männer, die ihre Fäuste in den Himmel stießen und sich in militantem Rhythmus die Seele aus dem Leib brüllten: ‚Deutschland! Deutschland!'", schrieb der österreichische Journalist Ewald König, der vor der Rednertribüne stand. Weiter hinten, erinnert er sich, sei es hingegen ziemlich ruhig gewesen, keine Spur von Euphorie.

Genauso erlebte auch Horst Teltschik, Kohls außenpolitischer Berater, das Publikum: Vor dem Rednerpult „schäumten die Menschen über und schwenkten bundesdeutsche Fahnen". Hinten jedoch seien die Menschen „sehr ruhig" gewesen. „Sie hörten konzentriert zu und es herrschte kein Überschwang". Teltschik meinte gar „Teilnahmslosigkeit" zu spüren, wenn nicht ab und an doch einmal Beifall aufgebrandet wäre, der allerdings „sehr differenziert" ausfiel.

Stimmungsbild der Ostdeutschen
Noch einen Tag vor der Kohl-Rede hatten in einer Meinungsumfrage des „Spiegel" und des ZDF mehr als 70 Prozent der DDR-Bürger für einen eigenständigen deutschen Teilstaat votiert. Die Bilder der jubelnden und Fahnen schwenkenden Menschen vor der Frauenkirche sowie die „Deutschland! Deutschland!"- und „Helmut! Helmut!"-Sprechchöre verfehlten ihre Wirkung jedoch nicht. Condoleezza Rice, damals im Stab des Präsidenten der Vereinigten Staaten tätig, sagte: „Die begeisterte Teilnahme der Bevölkerung führte aller Welt den Einheitswillen der Ostdeutschen vor Augen."

„Wir schaffen die Einheit"
„Sie haben dem Bundeskanzler die Stadt überlassen", schrieb der Dresdner Dichter Thomas Rosenlöcher am Abend des 19. Dezember 1989 in sein Tagebuch. „Von diesem Tag an hört die DDR auf zu existieren." Ähnlich empfand auch DDR-Regierungschef Hans Modrow, wie er zwanzig Jahre später zugab: Dass es in Richtung Vereinigung gehen werde, dass habe er damals deutlich gespürt. Helmut Kohl seinerseits sagte bereits auf dem Heimweg ins Hotel zu seinen Begleitern: „Ich denke, wir schaffen die Einheit."

Quelle: https://www.mdr.de/zeitreise/helmut-kohl-rede-dresden100.html

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Zeitzeugengespräch über seinen Besuch in Dresden, Teil 1:

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Zeitzeugengespräch über seinen Besuch in Dresden, Teil 2:

DDR-Bürger begrüßen Bundeskanzler Helmut Kohl in Sachsen, Dezember 1989. (Bundesstiftung Aufarbeitung: Fotobestand Klaus Mehner 89_1219_POL_ Kohl-DD_01)

C) Der Weg zur Einheit – Chronik

1989

9. November 1989	Der ZK-Sekretär für Information, Günter Schabowski, gibt bekannt, dass die DDR ihre Grenzen geöffnet habe; Massenansturm an den Grenzübergängen; Grenzsoldaten öffnen schließlich nach 28 Jahren die Berliner Mauer.
13. November 1989	Hans Modrow (SED) wird zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt.
15. November 1989	Generalsekretär Gorbatschow spricht in Moskau beiläufig von einer „Wiedervereinigung“ Deutschlands.
17. November 1989	Modrow schlägt in seiner Regierungserklärung eine „Vertragsgemeinschaft“ zw. den beiden deutschen Staaten vor.
28. November 1989	Bundeskanzler Kohl stellt ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor.
3. Dezember 1989	Machtwechsel: Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee der SED.
7. Dezember 1989	DDR-Regierung und Oppositionsgruppen treffen sich erstmals am zentralen „Runden Tisch“, um über die Zukunft der DDR zu sprechen.
11. Dezember 1989	Erstmals wird bei den Montagsdemonstrationen in der DDR der Ruf nach Wiedervereinigung laut („Wir sind ein Volk“).
19. Dezember 1989	Kohl besucht Dresden und trifft Modrow.
24. Dezember 1989	Einführung des visafreien Verkehrs zw. den beiden deutschen Staaten.

1990

1. Januar 1990	Beginn der Verhandlungen auf Ministerebene über die Ausgestaltung einer Vertragsgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik und der DDR.
30. Januar 1990	Modrow in Moskau; Die UdSSR signalisiert, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung zu respektieren.
7. Februar 1990	Beginn der Verhandlungen über die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion.
1. März 1990	Gründung der Treuhand.
18. März 1990	Erste freie Volkskammerwahl in der DDR: „Allianz für Deutschland“ wird stärkste Kraft.
12. April 1990	Wahl Lothar de Maizières (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten der DDR.
5. Mai 1990	Zwei-plus-Vier-Verhandlungen: Erste Verhandlungsrunde auf Außenministerebene.
18. Mai 1990	„Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“
1. Juli 1990	Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.
14.-16. Juli 1990	Kohl besucht Gorbatschow im Kaukasus: Sowjetisches Zugeständnis, dass Deutschland weiterhin NATO-Mitglied bleiben könne.
23. August 1990	Das ostdeutsche Parlament votiert mit 294 zu 62 Stimmen für einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes.
31. August 1990	„Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“.
12. September 1990	Zwei-plus-Vier-Verhandlungen: „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ in Moskau.
3. Oktober 1990	Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.
2. Dezember 1990	Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen.

(Quelle: Aus: https://www.bpb.de/izpb/214147/der-weg-zur-einheit-chronik)

1) Ausland und Einheit

Der Historiker und Politologe Horst Pötzsch (1928-2009) beschreibt die Reaktionen im Ausland (2009):

Im Ausland waren die Ereignisse des deutschen Herbstes von 1989 mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die Bilder der Menschen, die auf friedliche Weise eine Diktatur abschüttelten, lösten eine Welle der Sympathie aus. Die weit überwiegende Mehrheit beispielsweise der Amerikaner und Franzosen begrüßten im November 1989 die sich abzeichnende Wiedervereinigung. Die Zahl der Befürworter ging später, vor allem aufgrund der feindseligen Haltung vieler Medien, zurück, in den USA und Frankreich von 80 auf 60 Prozent, ausdrücklich dagegen waren aber auch dann nur 15 und 13 Prozent. Ganz anders war die Stimmung der politischen Klasse. Die hatte sich mit der Teilung sehr gut eingerichtet. Das Wort des französischen Schriftstellers François Mauriac, er liebe Deutschland so sehr, dass er froh sei, dass es jetzt zwei davon gebe, war sehr vielen aus der Seele gesprochen. Zwar hatten sich die Westalliierten (USA, GB, Frankreich) im Deutschlandvertrag von 1952 verpflichtet, die Wiedervereinigung Deutschlands anzustreben, und diese Verpflichtung wiederholt bekräftigt, als aber Bundeskanzler Kohl auf eine entsprechende NATO-Erklärung von 1970 hinwies, rief die britische Premierministerin Margaret Thatcher aus, die Erklärung stamme doch aus einer Zeit, „als wir glaubten, [die Wiedervereinigung] würde niemals stattfinden“. Doch jetzt sah es so aus, als würde sie demnächst stattfinden. Was konnte man tun? Die Vorgänge in der DDR waren Teil eines revolutionären Prozesses, der das gesamte bisherige sowjetische Vorfeld in Ostmittel- und Südosteuropa erfasst und die kommunistischen Regime hinweggefegt hatte oder alsbald hinwegfegen sollte. Während jedoch andere ehemalige Ostblock-Länder ihre staatliche Existenz behielten, gab es für die DDR nach dem Fortfall der kommunistischen Herrschaft keinen […] Daseinsgrund mehr. Wenn die Sowjetunion die kommunistischen Herrscher in der DDR fallen ließ, konnte niemand verhindern, dass die DDR verschwand und die Deutschen wieder zusammenkamen.

Quelle: Horst Pötzsch: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Die Entwicklung der beiden deutschen Staaten und das vereinte Deutschland, 3. aktualisierte Auflage, München 2009, S. 259.

2) Uneinigkeit der Westmächte

Der Historiker Manfred Görtemaker beschreibt die Reaktionen des Auslands auf die Entwicklungen in Deutschland (2015):

Die Unsicherheit und Besorgnis der Nachbarn über die Perspektive einer Wiedervereinigung Deutschlands wurde bereits unmittelbar nach der Maueröffnung deutlich, als der französische Präsident François Mitterrand am 14. November 1989 ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft forderte, um „die jüngsten Entwicklungen in Europa zu diskutieren“ und „eine gewisse Kontrolle über die Veränderungen zu gewinnen“. [...] Gegenüber Bundesaußenminister Genscher äußerte er, ein wiedervereinigtes Deutschland „als eine eigenständige Macht, unkontrolliert“, sei unerträglich für Europa; es dürfe niemals wieder eine Situation eintreten wie 1913, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Quelle: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 250, Der Weg zur Einheit, überarbeitete Neuauflage, Bonn 2015, S. 48.

Karikatur von Bill Caldwell aus der britischen Zeitung „Daily Star“, 20.2.1990, Großbritannien © Bill Caldwell

3) US-Präsident George Bush zum Vereinigungsprozess in Deutschland

George Bush , US-Präsident von 1989 bis 1993, in der New York Times vom 25. Oktober 1989

Ich teile die Sorge mancher europäischer Länder über ein wiedervereinigtes Deutschland nicht, weil ich glaube, dass Deutschlands Bindung an und Verständnis für die Wichtigkeit des (atlantischen) Bündnisses [= NATO] unerschütterlich ist. Und ich sehe nicht, was einige befürchten, dass Deutschland, um die Wiedervereinigung zu erlangen, einen neutralistischen Weg einschlägt, der es in Widerspruch oder potenziellen Widerspruch zu seinen NATO-Partnern bringt. […]
Trotzdem glaube ich nicht, dass wir den Begriff der Wiedervereinigung forcieren [= beschleunigen] oder Fahrpläne aufstellen und über den Atlantik hinweg unsererseits eine Menge neuer Verlautbarungen [= Erklärungen] zu diesem Thema machen sollten. Sie braucht Zeit. Sie benötigt eine vorsichtige Entwicklung. Sie verlangt Arbeit zwischen ihnen (den Deutschen) […] und Verständnis zwischen den Franzosen und Deutschen, den Engländern und Deutschen über alle diese (Fragen). Aber das Thema ist so viel wichtiger und zentraler geworden […] wegen der schnellen Veränderungen, welche in Ostdeutschland stattfinden. […] Und wer weiß, wie sich Herr Krenz [als neuer DDR-Regierungschef] entwickeln wird? Wird er nur eine Verlängerung des [alten] Honeckerschen Standpunkts oder etwas anderes sein? Ich glaube nicht, dass er dem Wandel völlig widerstehen kann.

Quelle: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 250, Der Weg zur Einheit, überarbeitete Neuauflage, Bonn 2015, S. 49.

4) Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow im Januar 1990

Michail Gorbatschow, Rundfunkinterview am 30. Januar 1990

Graffiti auf der ehemaligen Grenzmauer in Berlin, April 1990. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Jürgen Nagel 2381_ 1_020)

Mir scheint, es gibt sowohl bei den Deutschen in West und Ost als auch bei den Vertretern der vier Mächte ein gewisses Einverständnis darüber, dass die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wurde. Wir haben immer gesagt […], dass die Geschichte den Gang der Dinge beeinflusst. So wird es auch in Zukunft sein, wenn sich die deutsche Frage praktisch stellt. […] Es geht hier um eine Frage, die sowohl das Schicksal der Deutschen in der DDR als auch der Deutschen in der BRD betrifft. Sie muss verantwortungsbewusst diskutiert werden. Auf der Straße ist sie nicht zu lösen. Für mich sind die Ausgangspunkte klar. […] Es gibt zwei deutsche Staaten, es gibt die vier Mächte, es gibt den europäischen Prozess, und der verläuft genauso stürmisch. All das muss in Einklang miteinander gebracht werden. Das liegt in unserem gemeinsamen Interesse.
[…] Auf keinen Fall darf man die Interessen der Deutschen schmälern [= verringern], denn ich bin für einen realistischen Prozess. Wenn wir sagen, die Geschichte wird die Dinge entscheiden, und ich habe das viele Male getan, dann wird das auch so sein, und ich glaube, dass sie bereits ihre Korrekturen einbringt.

Quelle: Rundfunkinterview am 30. Januar 1990. Zitiert nach: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 250, Der Weg zur Einheit, überarbeitete Neuauflage, Bonn 2015, S. 51.

5) Der französische Staatspräsident François Mitterrand zum Vereinigungsprozess

François Mitterrand, Pressekonferenz am 22. Dezember 1989

Der demokratische Prozess ist kinderleicht: Die Ostdeutschen und die Westdeutschen werden wählen. Wenn sie gewählt haben, werden sie Abgeordnete haben. Unter diesen Abgeordneten werden sich Mehrheiten abzeichnen, aus diesen Mehrheiten werden Regierungen entstehen, die Programme haben, Botschaften. Wenn diese Botschaft auf beiden Seiten „sofortige Vereinigung“ heißt, wird sich das Problem demokratisch gestellt haben. Ich habe von Anfang an die Bedingung genannt – das war Anfang November, vor den Ereignissen vom 9. November, am 3. November in Bonn im Anschluss an die deutsch-französischen Konsultationen.

Ich habe gesagt: „Der demokratische Weg und der friedliche Weg.“ Nun, der demokratische Weg wäre damit erfüllt. Was den friedlichen Weg angeht, so muss er festgelegt werden. 45 Jahre sind vergangen, und ich werde den Deutschen keine Lehren erteilen, das Recht gestehe ich mir nicht zu. Ich habe nicht die Absicht, sie zu bevormunden, Deutschland zu sagen: Wir werden uns Ihnen gegenüber so verhalten, als hätten wir gerade den Konflikt hinter uns, in dem wir Gegner waren. Das sind schon neue Generationen, das ist eine neue Seite der Geschichte, daher weigere ich mich persönlich, davon auszugehen, man könne die Deutschen behandeln, als stünden sie unter Vormundschaft.

Quelle: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 250, Der Weg zur Einheit, überarbeitete Neuauflage, Bonn 2015, S. 50.

6) Die britische Premierministerin Margaret Thatcher in ihren Erinnerungen

Margaret Thatcher, in „Downing Street No. 10“

Der wahre Ursprung der „deutschen Angst“ [im Original benutzt sie das Wort auf Deutsch] ist die Qual der Selbsterkenntnis. Wie ich bereits erklärt habe, ist das einer der Gründe, warum so viele Deutsche aufrichtig – und wie ich meine, irrigerweise – Deutschland in ein föderatives Europa eingebettet wissen wollen. Es ist doch wahrscheinlich, dass Deutschland in einem solchen Gefüge die Führungsrolle einnehmen würde, denn ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre.

Überdies hat Deutschland sich immer auch nach Osten hin orientiert, nicht nur in Richtung Westen, obwohl die moderne Version solcher Tendenzen eher auf wirtschaftliche denn auf kriegerische territoriale Expansion abzielt. Daher ist Deutschland vom Wesen her eher eine destabilisierende als eine stabilisierende Kraft im europäischen Gefüge.
Nur das militärische und politische Engagement der USA in Europa und die engen Beziehungen zwischen den beiden anderen starken, souveränen Staaten Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich, können ein Gegengewicht zur Stärke der Deutschen bilden. In einem europäischen Superstaat wäre dergleichen niemals möglich.

Ein Hindernis auf dem Weg zu einem solchen Gleichgewicht der Kräfte war zu meiner Amtszeit die Weigerung des von Präsident Mitterrand regierten Frankreich, französischen Instinkten zu folgen und den deutschen Interessen den Kampf anzusagen. Denn das hätte bedeutet, die französisch-deutsche Achse aufzugeben, auf die Mitterrand sich stützte.

Quelle: Margaret Thatcher, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, übers. Von Heinz Tophinke, 2. Auflage, ECON-Verlag, Düsseldorf 1993, S. 1095 f. Zitiert nach: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 250, Der Weg zur Einheit, überarbeitete Neuauflage, Bonn 2015, S. 51.

7) Die Treuhand – der Buhmann des deutschen Einigungsprozesses?

Der Historiker Marcus Böick beschreibt die Aufgaben und die öffentliche Wahrnehmung der Treuhandanstalt (2020):

Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Besuch in Erfurt, 1991. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Daniel Biskup, Bild Kohl in Erfurt 1991)

Es gibt wohl wenige Organisationen in der jüngsten deutschen Geschichte, die so viele Emotionen ausgelöst haben wie die Treuhandanstalt im Osten Deutschlands nach 1990. Für die einen ist sie bis heute eine erfolgreiche Wegbereiterin einer neuen Marktwirtschaft, für die anderen hingegen eine Einrichtung zur brutalen „Abwicklung“ des Ostens zugunsten westdeutscher Interessen. Diese großen Emotionen, die die Treuhand bis heute vor allem bei älteren Ostdeutschen auslöst, haben vor allem mit den riesigen Hoffnungen zu tun, die viele im Jahr 1990 hegten.
Nach dem überraschenden Mauerfall im Herbst 1989 hatten viele Politiker wie Bundeskanzler Helmut Kohl den Menschen in der DDR rasch „blühende Landschaften“ versprochen. Hierfür müsste man aber auch die sozialistische Planwirtschaft mit ihren staatseigenen Großbetrieben, den Kombinaten, umbauen. Nur so könne man diese Betriebe in eine funktionierende Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb und privatem Eigentum überführen. Die Dimension des Wirtschaftsumbaus galt vielen Menschen schon damals als „schwingelerregend“: 8.500 Betriebe mit vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten möglichst rasch saniert und verkauft werden.
Diesen enormen Auftrag übernahm ab dem Sommer 1990 die Treuhandanstalt. Deren neuer Präsident, der Dortmunder Stahl-Manager Detlev Karsten Rohwedder, wollte diese Aufgabe lieber „kurz und schmerzhaft“ als „lang und qualvoll“ durchführen und setzte auf zügige Privatisierungen, also Verkäufe vor allem an westdeutsche Unternehmen. Die Treuhand stand schon sehr früh unter erheblichen Druck, denn die nach jahrzehntelanger Misswirtschaft oft angeschlagenen Großbetriebe waren nach der raschen Einführung der D-Mark im Juli 1990, die die meisten Ostdeutschen gewollt hatten, in eine extreme Notlage geraten. Viele Menschen im Osten kauften lieber die begehrten Westprodukte und auch im ehemaligen sozialistischen Osteuropa brachen die Märkte weg. Rohwedder und seine Manager, die kurzfristig aus dem Westen in die ehemalige DDR gekommen waren, verkündeten bald massive Entlassungen und ordneten die Schließung einiger Großbetriebe an. Im Frühjahr 1991 führte dies zu massiven Protesten und großen Demonstrationen in Ostdeutschland, wo sich viele Menschen ganz erheblich enttäuscht zeigten. Statt des versprochenen Aufbruchs in die Markwirtschaft bestimmten nun Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Abwicklung den oft turbulenten Alltag.
Für viele Ostdeutsche, die aus der DDR-Zeit keine Arbeitslosigkeit kannten, waren diese Erfahrungen dramatisch und einschneidend. Der plötzliche Untergang vieler oft traditionsreicher Industrien und Unternehmen wurde der Treuhandanstalt angekreidet, die sich massiven Protesten und starker Kritik auch aus Politik und Öffentlichkeit gegenübersah. Im April 1991 wurde ihr erster Präsident Rohwedder bei einem Anschlag in Düsseldorf getötet, seine Nachfolge trat die Politikerin Birgit Breuel an. Die neue Präsidentin erhöhte das Privatisierungstempo weiter und konnte innerhalb von knapp zwei Jahren den Löwenanteil der Ost-Betriebe an westliche Investoren übertragen. Hierfür verschenkte die Treuhand etliche ihrer Betriebe, weshalb der Umbau nicht nur sehr geringe Erlöse eingebracht, sondern ein gigantisches Defizit von rund 270 Milliarden D-Mark verursacht hat.
All dies hat der Treuhand – die zugleich von einigen Skandalen erschüttert wurde – einen schlechten Ruf verschafft, der bis heute anhält. Für viele Ostdeutsche war der Start in die neue Zeit derart herausfordernd, so dass sie bis heute deutlich distanzierter auf Demokratie und Marktwirtschaft blicken als viele Westdeutsche.

Marcus Böick, Originalbeitrag

8) Und heute?

Das Magazin „Spiegel Spezial“ zieht nach 30 Jahren Bilanz (2019):

Ein Wirtschaftswunder wie im Westen hat der Osten nie erlebt, stattdessen gab sich ein Herrschaftssystem selbst auf. Es waren nicht zwei gleichberechtigte Partner, die sich vereint haben, sondern der kleinere trat dem größeren bei. Unter ausdrücklicher Zustimmung der Ost-Berliner Volkskammer [1990] organisierte die Bonner Republik die Westwerdung der DDR. Alternativen wurden zwar diskutiert, aber dann verworfen. Die Frage ist: Hätte es nicht auch anders und damit besser laufen können?
Die Einheit brachte den Neubürgern einen Wohlstand, der bis heute weit über dem Niveau vergleichbarer Ostblockländer liegt: 53 Prozent höher als in Tschechien, 78 Prozent höher als in der Slowakei und 130 Prozent höher als in Polen.
Doch gleichzeitig wurden die neuen Länder zur Kolonie des Westens, und so sind es nun oft Kolonialgeschichten, die in Ostdeutschland erzählt werden. Es geht um Abwertung und Aufbegehren, um Trotz und Frustration. […]
In keiner anderen Region Europas wurde das Unternehmertum so gründlich kleingehalten wie im Osten Deutschlands. Erst enteignete die SED die Reste des ostdeutschen Mittelstands, dann setzte die Treuhand auf eingeführte Westfirmen, anstatt im Osten für eine Gründerwelle zu sorgen. Und so haben die neuen Länder mit der Einheit zwar den Kapitalismus bekommen, aber kaum eigene Kapitalisten.
Das ändert sich erst jetzt, 30 Jahre nach der Wende. Inzwischen sorgt ein kleiner, feiner Mittelstand für einen regional begrenzten, industriellen Aufbruch. In Dresden haben sich rundum Großinvestitionen von Bosch und Infineon Hunderte Mikroelektronikfirmen angesiedelt, die inzwischen jeden dritten europäischen Chip produzieren. […]
In Sachsen werden inzwischen mehr Firmen auf 10.000 Einwohner gegründet als Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. In Thüringen, das mit Jenoptik Standort eines der wenigen börsennotierten Aktienkonzerne des Ostens ist, liegt die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe, gemessen an der Bevölkerungszahl, höher als in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. […]
Für einen Aufschwung muss der Osten auf die eigenen Stärken setzen. Nicht auf neue Fördermilliarden aus dem Westen, sondern auf den Ideenreichtum seiner Unternehmer und dem Verantwortungsgefühl selbstbewusster Gewerkschafter. Dann habe Ostdeutschland „alle Chancen“, sagt der [Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle] Gropp. Und der IG-Metall-Funktionär [Jan] Otto ist überzeugt, dass der Westen dann bald manches vom Osten lernen könnte. „Was wir heute im Osten erproben“, sagt der Gewerkschaftler, „nutzt und morgen im Westen.“

Quelle: Spiegel Spezial: 30 Jahre Mauerfall. Ziemlich beste Deutsche. Warum es uns so schwerfällt, ein Volk zu werden, Oktober/November 2019: „Was hätte der Bund beim Aufbau Ost besser machen können?“ S. 70-73.

Die Stadt Burg in Sachsen-Anhalt zählte 2019 rund 22.500 Einwohner. Seit der Wiedervereinigung sind fast 7.000 Bürger fortgezogen. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Daniel Biskup, Bild DSC_1319)

9) Geteilte Ansichten – Jugendliche stellen Fragen zur deutschen Einheit

Zum 25-jährigen Jubiläum der deutschen Einheit im Jahr 2015 veröffentlichten Berliner Jugendliche der Literatur-Initiative Berlin (LIN) im Alter von 11 bis 18 Jahren ihre Interviews, die sie mit Zeitzeugen aus Ost und West geführt haben. Hier einige Auszüge aus den Interviews:

1. Interview mit dem Kinder- und Jugendbuchautor Klaus Kordon, geb. 1943 in Berlin-Pankow

Den Begriff „Ostalgie“ [= Ost und Nostalgie = Sehnsucht nach der Vergangenheit in der DDR] mögen Sie nicht. Haben Sie das Thema „DDR“ wirklich für sich abgehakt?
Mein Buch Krokodil im Nacken habe ich nach ca. 25 Jahren geschrieben. Und wenn ich jetzt zurückblicke, ist die DDR Geschichte, die ich selbst miterlebt habe. Zu verdanken haben wir diesen Teil der deutschen Geschichte nicht Walter Ulbricht oder Erich Honecker [= beide waren nacheinander DDR-Regierungschefs], sondern einem Hitler, der einen Krieg führen konnte, den wir Gott sei Dank verloren haben und der dann zur Teilung Deutschlands führte. Für mich ist immer noch der Streit darüber interessant, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht. Ein Staat, in dem man keinen Rechtsanwalt zu sehen bekommt, bevor man nicht alles gestanden hat, das ist schon mal ein Unrechtsstaat. [Kordon saß ein Jahr lang im Stasi-Gefängnis der DDR in Ost-Berlin] Ein Staat, der auf Leute schießen lässt, weil sie von einer Straßenseite auf die andere wollen [, die durch eine Mauer getrennt ist], das kann für mich auch nur ein Unrechtsstaat sein.

Singende Pioniere an DDR-Festtagen in der Schule: Auf dem Foto sind Rostocker Schüler einer 4. Klasse bei einer Chorprobe des Musikzirkels zu sehen, vor 1989. (Foto: Roland Hartig 11)

2. Interview mit der Schriftstellerin Claudia Rusch, geb. 1971 in Stralsund

Wie haben Sie die Westdeutschen nach dem Mauerfall erlebt?
Wie viele Ossis hatte ich nach der Wende einen Minderwertigkeitskomplex. Ich glaubte, nicht so gebildet zu sein wie die Wessis. Das erledigte sich für mich erst, als ich nach ein paar Jahren merkte, dass meine Freunde aus dem Westen genauso fasziniert waren von dem, was ich wusste und erlebt hatte, wie ich von ihrem Wissen. Sie kannten meine Welt nicht. Damit meine ich nicht nur die Erlebnisse in der DDR, sondern auch die Literatur und Filme. Ich hatte die klassische Russische Literatur gelesen, viel russisches, tschechisches und polnisches Kino gesehen. Dazu hatte man in der DDR mehr Zugang als im Westen. Als ich Anfang der 90er Jahre meine Freundin Charlotte aus Heidelberg während unseres Studiums in Italien kennenlernte, haben wir uns gegenseitig ein ganzes Jahr lang erzählt, was die andere nicht wusste. Das war schön, denn wir konnten uns ergänzen. Wir haben uns für die Welt der jeweils anderen interessiert und es gab keine Vorurteile zwischen uns. Für mich ist das bis heute der einzig richtige Weg aufeinander zuzugehen. Im großen nationalen Rahmen hat das ja leider nicht immer so geklappt …

Hat sich heute Ihre Sichtweise auf die DDR verändert?
Nein, kein bisschen. Im Gegenteil. Normalerweise hat man ja die Tendenz, Dinge zu verharmlosen. Mein Blick auf die DDR aber war nie positiv, auch wenn mein Blick auf mein Leben immer sehr positiv war. Das Problem ist, dass viele die schönen Erinnerungen an ihre Kindheit und Jugend untrennbar von der Staatsform, in der man sie verbracht hatte, betrachten. Sie fühlen sich herabgesetzt, wenn man die DDR einen Unrechtsstaat nennt. Dabei hat eine mit dem anderen nur wenig zu tun.
Wir [in der DDR] lebten ja einen ganz normalen Alltag wie jeder andere auch. Das sagt aber nichts über die DDR aus. Je mehr man sich mit ihr beschäftigt, desto schlimmer wird es eigentlich. Hinter der DDR-Nostalgie [= Ostalgie] steckt oft einfach das Bedürfnis, sich sein eigenes Leben schönzureden. Jeder möchte schließlich gerne Held in der eigenen Geschichte sein.
Wenn ich vor Studenten über das Leben in Diktaturen spreche, dann zitiere ich immer einen Satz aus „Harry Potter und der Feuerkelch“. Der dunkle Lord ist wiederauferstanden und die Gefahr kommt in riesengroßen Schritten auf Hogwarts zu. Das Zaubereiministerium negiert [= verneint] diese Gefahr. Deswegen warnt der Schulleiter Albus Dumbledore seine Schüler mit diesem einen Satz, den ich persönlich für den klügsten und präzisesten halte, der jemals über das Leben und den Alltag in Diktaturen gesagt wurde: „Es wird eine Zeit kommen, da müsst ihr euch entscheiden zwischen dem, was richtig, und dem, was einfach ist.“ Die Entscheidung zwischen richtig und einfach ist viel schwerer als die zwischen richtig und falsch. Die meisten Menschen entscheiden sich für den einfachen, also bequemen Weg. So werden sie zu Menschen, die das System [= den Staat oder die Diktatur] tragen. Das kann man moralisch bewerten, muss man aber nicht. Schuldig allein sind die Täter. Solche, die „nur“ tatenlos zuschauen, müssen das später mit sich klären.

3. Interview mit der Schauspielerin Hanna Schygulla, geb. 1943 im schlesischen Kattowitz, aufgewachsen in München

Finden Sie, dass es heute noch Unterschiede zwischen Ost und West gibt, ist die deutsch-deutsche Vergangenheit noch präsent [= anwesend]?
Ja, man spürt es in Berlin an der Bauweise. […] Ich finde es aber gut, dass es immer weniger von diesem „Ossi-Wessi-Denken“ gibt, sondern dass da ein Austausch stattfindet.
Wir sind ja so verwöhnt im Westen gewesen und dadurch auch träge geworden und eingeschlafen. Wir im Westen dachten, wir hätten den anderen etwas voraus, und inzwischen hat sich herausgestellt, dass wir von denen viel zu lernen haben, dass die wach waren und keine Anstrengungen scheuten, so wie eben in Ländern, wo es nicht alles einfach zu kaufen gibt. Die haben sich vieles dazuerfinden müssen, das muss wohl eine gute Wirkung auf das Kreative, auf das Schöpferische gehabt haben. Heute stehen sie an der Spitze der Kulturlandschaft […].
Es ist ja auch nicht umsonst so, dass viele, die aus der DDR kamen, die Führung im Kulturleben übernommen haben. Die waren sehr gut ausgebildet und waren sehr motiviert, sehr hungrig, während wir im Westen schon an einem Punkt waren, an dem wir gesagt haben, dass man ja sowieso alles hat und machen kann, was man will. Wir waren gesättigt und es gab keinen besonderen Antrieb mehr. Die Subkultur [= die unangepasste, provozierende und rebellische Form von Kultur] war in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Nachwort der Jugendlichen zu den Interviews:

Im Geschichtsunterricht behandeln wir die deutsch-deutsche Teilung, allerdings ohne richtig begreifen zu können, was es bedeutete, damals in Ost- oder Westdeutschland gelebt zu haben. Durch unsere Gespräche mit den Interviewpartnern in unserem Buch „Geteilte Ansichten“ wurde diese vergangene Zeit für uns jedoch lebendig und greifbarer. Jeder trug mit seinen Erlebnissen und Erfahrungen einen ganz eigenen Teil zu einem Gesamtbild bei, das uns zeigt, dass Ost und West nicht nur aus Schwarz und Weiß bestand.

Quelle: Geteilte Ansichten. Jugendliche stellen Fragen zur deutschen Einheit, hg. v. Julia Balogh und Birgit Murke, Berlin 2015, S. 27, S. 86f., S. 127 und S. 169.

Kinder der Wendezeit, 1989 (Foto: Roland Hartig 12)

10) Diese Ossis

Die Ostdeutschen als die ewig Anderen: Daniel Kubiak hat mit jungen Erwachsenen aus den neuen Bundesländern darüber gesprochen, ob sie sich ostdeutsch fühlen.

Jugendliche probieren neue Freiräume aus und ziehen nach Leipzig, Dresden und Berlin. Hier eine alternative Wagenburg auf der Ostseite der Berliner Mauer, 1992. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Ann-Christine Jansson, Bild 16-04 1992 Jugend Wagenburg 00921025_1ACRGB8)

Ostdeutsche bekommen in den Medien regelmäßig große Aufmerksamkeit. Werden in Frankfurt an der Oder Babys durch ihre Mutter ermordet und in Blumenkästen verscharrt, wird versucht, das mit dem Ostdeutschsein der Mutter zu erklären. Erhält die AfD in Mecklenburg-Vorpommern rund sechs Prozent mehr als in Baden-Württemberg, wird das durch das Ostdeutschsein der Wählenden erklärt. Prügeln sich Fans von Dynamo Dresden mal wieder durch einen Regionalzug, wird das durch das Ostdeutschsein der Fans erklärt. Diese Erklärungen funktionieren erstaunlicher-weise schon seit mehr als 27 Jahren, seit dem Mauerfall. Es scheint, als diene der deutsche Osten seit 1990, als die DDR unterging, im Westen als Projektionsfläche für das „Andere“. In der postkolonialen Theorie erklärt man solche Zuschreibungen durch das Konzept des „Othering“: Man definiert sich als Gruppe, indem man sich von anderen Gruppen abgrenzt. Die anderen Menschen dienen zur Beschreibung von all dem, was man selbst nicht ist. Das „Othering“ gab es in Bezug auf Ostdeutschland schon vor der Wiedervereinigung. Das Rechtssystem der DDR diente in Westdeutschland als Unrechtsbeispiel, um das eigene Rechtssystem als das erfolgreichere, bessere und gerechtere darstellen zu können. Interessant ist auch, dass bei Kindsmörderinnen wie etwa zuletzt in Bayern eher die individuellen Gründe bei der Mutter gesucht werden. Ihr Westdeutschsein scheint hier keine Rolle zu spielen. Denn das ist nichts Besonderes, es weicht nicht von der Norm ab. Und die Norm ist westdeutsch, weiß, hetereosexuell und bürgerlich. Ostdeutsch ist anders. Ein wichtiger Aspekt von Identität ist immer Differenz und weniger Gleichheit. „Wir wissen immer sehr genau, wer wir gerade nicht sind“, sagt der Soziologe Harald Welzer. Und so weiß man eben am besten, was deutsch ist, wenn man darüber nachdenkt, was es nicht ist. Und deswegen ist es sehr viel leichter zu sagen, was Ostdeutsche nicht sind, als was sie denn tatsächlich sind. […] Was bedeutet „Identität“? Noch spezifischer: Was bedeutet „ostdeutsche“ und „westdeutsche“ Identität? Wenn man darüber mit jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren aus ost- und westdeutschen Großstädten diskutiert, kommt man der Funktionsweise des „Othering“ auf die Spur. Es wäre eigentlich vorstellbar, dass Ostdeutschsein nicht mehr mit der DDR verbunden wird, wenn man nicht selbst in diesem Staat gelebt hat. Aber das Verständnis von Ostdeutschland wird von den Eltern und deren Erfahrungen mit der DDR und der Wiedervereinigung geprägt. Vor allem die Abwertung der DDR-Lebensläufe und das Hinterfragen der politischen Einstellungen der Eltern wirkt auf die Kinder nach. Sie nehmen ihre Eltern als schwach wahr, wo sie sich eigentlich Orientierung erhoffen. Zudem berichten die jungen Erwachsenen von Abwertungserfahrungen durch die öffentliche Darstellung von „Ostdeutschen“: Witze über Ossis, pauschale Verurteilungen als Kindermörderinnen, latent rechts wählend und mit einem Hang zum Hooliganismus. In diesen Momenten der Entwertung ihrer eigenen Herkunft nehmen sich selbst diejenigen, für die Ostdeutschsein sonst nur eine kleine oder gar keine Rolle spielt, als „Ostdeutsche“ wahr. Denn so wie die Ossis in einigen Medien dargestellt werden, so sind sie nicht, und sie solidarisieren sich mit der behaupteten sozialen Gruppe, die abgewertet wird. Wir wissen vor allem viel besser, wer wir sind, wenn wir unsere Erfahrungen mit anderen vergleichen und die Unterschiede erkennen und wertschätzen. Wenn diese Unterschiede dann in der öffentlichen Diskussion Anerkennung finden, dann fällt es leichter zu sagen, wer wir sind, ohne damit gleich als nicht mehr dazugehörig wahrgenommen zu werden. Dazu müssen die Erfahrungen der vermeintlich „Anderen“ aber auch gehört werden. Die Kategorie „ostdeutsch“ wäre dann nur noch ein Teil eines großen Mosaiks, das wir Identität nennen können.

Quelle: Fluter, „Identität“, Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 61, Winter 2016/17, S. 22.

11) Empowerment Ost

Der Autor und Theatermacher Thomas Oberender, geb. 1966 in Jena, tritt engagiert für eine Wiedervereinigung auf Augenhöhe ein (2020).

Jugendweihe im Mai 1992. Die Jugendweihe bedeutete vor und nach 1989 den feierlichen Übergang vom Jugend- in das Erwachsenenalter. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Ann-Christine Jansson, Bild 16-06 1992 Jugendweihe 920502)

Die im Radio und Alltag ständig verwendete Redewendung vom „Fall der Mauer“ ist dafür ein gutes Beispiel. Ich habe mich 1989 befreit gefühlt, aber durch unser eigenes Handeln. Die Mauer ist nicht gefallen wie ein Blatt im Herbst. Die Revolution in Ostdeutschland glich einer Reise hin zu etwas, das wir erst noch finden wollten. Das war nicht zwangsläufig der politische Westen. Am Anfang stand, dass wir sehr genau wussten, was wir nicht mehr wollten – dieses Leben in Unwahrheit, eingesperrt zu sein und ausgespitzelt werden im eigenen Land. Wir haben für demokratische Reformen demonstriert und bis zum November 1989 nicht für die D-Mark und auch nicht für die deutsche Einheit. Der so umfassende Umbruch dieser Herbstmonate war geprägt vom Staunen über die eigenen Leute, die Kreativität des Protests, die Möglichkeiten zu gestalten. Wenn ich 30 Jahre später an diese Zeit zurückdenke, glaube ich, dass es produktiv ist, sich diese Reformgeschehnisse erneut anzuschauen. Aus einem gegenwärtigen Blickwinkel war damals ein Aufbruch im Gange, dessen Systemfragen und Ansätze, sich aus der Herrschaft der Ökonomisierung zu befreien, heute ganz unvermutet wiederkehren. […]

Heute wehre ich mich gegen diese Sprache der Sieger, die ja nicht mehr wir waren, die das [DDR-]Regime gestürzt haben, sondern jene, die nun anfingen, den Osten zu administrieren [= zu verwalten]. Sie behandelten die neuen Bundesländer fortan wie ein Entwicklungsland, auch wenn dies subjektiv durchaus mit wohlwollenden Intentionen geschah. […]

Wenn es in Ostdeutschland heute gelingen könnte, diese Reserve an Mündigkeit und Freude zu aktivieren, die sich aus der Erfahrung der friedlichen Revolution 1989 bei den meisten Menschen gebildet hat, wäre das ein enormes Empowerment. So viele Ostdeutsche sind wirtschaftlich selbst wieder auf die Beine gekommen nach 20 Jahren. Und ihre Eltern wiederum waren auch 20 Jahre vor der Wende mehrheitlich Menschen, denen ein Leben in Würde und Selbstentfaltung gelungen ist, obwohl ihre Entscheidungen oft anders geprüft, „bezahlt“ oder mit anderen Lebensformen verbunden waren. Dazu „Ja“ zu sagen, statt „Ja, aber“ würde das wachsende rechte Ressentiment im Osten sicher dämpfen. […]

Die Generation meiner Eltern wollte diese Wende, sie hat sie herbeigeführt und gestaltet und danach ungefähr 20 Jahre lang die Zähne zusammengebissen, war fleißig, wurde erfolgreich oder aus der Bahn geworfen. Dieser Sturm wehte durch die Blüte ihres Lebens und erst heute, mit der Generation ihrer Enkel, beginnt die wirkliche Wiedervereinigung der Deutschen. […]

Ein positiver Effekt der Wiedervereinigung war zum Beispiel tatsächlich, dass es zwei Naturschützern aus der ehemaligen DDR inmitten des großen Trubels, der 1990 bei der eiligen Gestaltung des Einheitsvertrages herrschte, gelungen ist, die Einrichtung des Nationalparks Müritz [= größter inländischer Nationalpark Deutschlands, Mecklenburg-Vorpommern] in den Gesetzestext einzubringen. Hans Dieter Knapp und Michael Succow hatten damals erkannt, dass man dieses einzigartige und sehr große Naturreservat im Norden Ostdeutschlands schnell schützen muss, damit keine Verkäufe oder Nutzungspläne entstehen. Durch diese Umweltschützer und ihre Unterstützer wurde die Einrichtung dieses Nationalparks zu einer Bedingung der letzten DDR-Regierung bei den Verhandlungen zum Einheitsvertrag. Eine wichtige Rolle spielte auch, dass die Aktivisten einen Mitarbeiter im Bundesumweltministerium in Bonn fanden, der von ihrem Plan begeistert war und ihnen half, ihre Forderung entsprechend der Formalien zu formulieren und innerhalb nur eines halben Jahres durch die Instanzen zu bringen. Das ist eine der schönen und erfolgreichen deutsch-deutschen Geschichten.

Quelle: Thomas Oberender: Empowerment Ost. Wie wir zusammenwachsen, Stuttgart 2020, S. 18f., S. 43, S. 45ff., S. 103f.

12) Wer beherrscht den Osten? Ein Debattenbeitrag

Der ostdeutsche Theologe und Professor Richard Schröder, geb. 1943 in Sachsen, nimmt mit deutlichen Worten Stellung. Im April 1990 wurde er Fraktionsvorsitzender der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der am 18. März 1990 frei gewählten Volkskammer der DDR, später SPD-Bundestagabgeordneter und von 2003 bis 2018 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung.

Die hohen Wahlerfolge der AfD in den östlichen Bundesländern und die Gewalt und Demonstrationen im Sommer 2018 in Chemnitz haben wieder einmal die Frage aufgeworfen: was ist mit dem Osten los? Eine viel beachtete Antwort aus dem Osten lautet: die Ostdeutschen seien durch den Einigungsprozess gedemütigt worden und diese Kränkung schlage nun in Wut um. Hier sollen zunächst drei immer wieder ins Feld geführten Belege für eine Kränkungsthese überprüft werden. Die eine stützt sich auf Umfragen, nach denen sich Ostdeutsche zunehmend als Bürger zweiter Klasse verstehen. Die andere bezieht sich auf eine Untersuchung, die die Leipziger Universität im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) 2015/16 durchgeführt hat. Demnach sind in den östlichen Bundesländern zwei Drittel der Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft von Westdeutschen besetzt. Diese westdeutsche Fremdbestimmung empöre die Ostdeutschen. Und drittens soll auf das Treuhandproblem eingegangen werden.

1. Dass viele Ostdeutsche sich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse fühlen, stimmt. Dass viele Westdeutsche in ostdeutschen Chefsesseln sitzen, stimmt auch. Aber erklärt das tatsächlich die Wut und den Hass, der bei manchen Demonstrationen in den Neuen Bundesländern zum Ausdruck kommt? Das Gefühl, Bürger oder Deutscher zweiter Klasse zu sein, ist nicht durch die deutsche Einigung entstanden. Die Ostdeutschen haben es in die Einigung mitgebracht. Seit meiner Kindheit wurde das Kürzel DDR aufgelöst in: „Der Dumme Rest“, als ein Bedauern, nicht auch „abgehaun“ zu sein „nach drüben“. Es hat das Selbstvertrauen vieler DDR-Bürger nicht gestärkt, wenn ihre Verwandten sie besuchen durften, sie aber ihre Westverwandten nicht, und wenn dann der West-Mercedes neben dem Ost-Trabant parkte. Westdeutsche machten an Bulgariens Schwarzmeerküste im Neckermannhotel komfortabel Urlaub und wir ostdeutschen Camper bekamen in demselben Hotel nicht einmal eine Tasse Kaffee für unser Geld – und das im „sozialistischen Bruderland“. Und die Einheimischen fragten, wenn jemand deutsch sprach: „Deutscher oder DDR?“ Das hatte mächtigen Einfluss auf die Hilfsbereitschaft, denn gemeint war: Westmark oder Ostmark? […]
Niemand zwingt Ostdeutsche, sich als Bürger zweiter Klasse zu verstehen. Aber wenn sie sich das einreden lassen, kann sie auch niemand hindern, sich so zu verstehen. Dass im Ganzen für das Wohlergehen der Ostdeutschen im Einigungsprozess nicht genug getan worden sei, diesen Schuh müssen sich Westdeutsche nicht anziehen. Allerdings gibt es in Transformationsprozessen dieses Ausmaßes immer auch Gruppen und Grüppchen, deren besonders vertrackte Situation nicht genug bedacht worden ist. Daraus ein Charakteristikum des Einigungsprozesses zu machen ist infam [= bösartig]. Und es ist eine unbillige [= nicht zu vertretende] Forderung, im Zuge der deutschen Einigung hätten Ostdeutsche so gestellt werden müssen, als hätten sie vierzig Jahre nicht in der DDR, sondern in der Bundesrepublik gelebt. Bei der Rentenberechnung wird das übrigens ungefähr so praktiziert, andernfalls gäbe es im Osten, errechnet aus den tatsächlichen Beitragszahlungen, nur Hungerrenten.

2. Zwei Drittel der Spitzenpositionen in den östlichen Bundesländern sind von Westdeutschen besetzt. Das bestreite ich nicht, habe aber zwei Fragen. Empfindet das die Mehrheit der Ostdeutschen als Fremdbestimmung? Und wie ist es dazu gekommen?

Die Ablösung der Altkader

Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel, Erwin Sellering waren als Westdeutsche Ministerpräsidenten ostdeutscher Länder und als solche hochgeschätzt – und übrigens durch freie Wahlen in ihre Ämter gelangt. Lothar Späth ist in Jena wie ein Heiliger verehrt worden. Das Justizwesen hatte in der DDR einen ausgesprochen schlechten Ruf. Sehr schnell aber hat sich ein neues Zutrauen zur Justiz gebildet, denn inzwischen prozessiert man im Osten genauso häufig wie im Westen. Die Richter kommen aber sehr oft aus dem Westen. Ich bezweifle, dass umgeschulte SED-Richter ebenso schnell das Zutrauen zur neuen Justiz erwirkt hätten und beziehe mich dabei auf Erfahrungen in anderen ehemals sozialistischen Ländern, in denen die rechtsstaatlichen Verhältnisse erheblich zu wünschen übrig lassen. Die Altkader [der SED] waren doch in Sachen Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft zumeist blutige Laien. Doch das Wort „beherrschen“ wird mit Unterdrückung und Fremdbestimmung assoziiert [= verbunden und gleichgesetzt] und setzt einen gemeinsamen Willen der Herrschenden gegen die Beherrschten voraus. Davon kann nun bei jenen zwei Dritteln Westdeutscher in ostdeutschen Führungsetagen gar keine Rede sein. Einige mögen im Osten eine Karriere gemacht haben, die ihnen im Westen nicht möglich war. Die meisten machen, soweit ich das beobachten konnte, einen guten Job, engagieren sich zudem sehr oft viel stärker zivilgesellschaftlich als manche Einheimische und finden für beides auch vor Ort

Anerkennung. In Monarchien und Diktaturen ist entscheidend, wer herrscht. In einem demokratischen Rechtsstaat herrscht aber streng genommen nicht jemand, sondern etwas, nämlich Recht und Gesetz. Entscheidend ist dann, ob die Amtspersonen Recht und Gesetz anwenden. Woher sie stammen, ist dann zweitrangig. Normalerweise sollten allerdings in den Chefsesseln „Landeskinder“ angemessen vertreten sein. Aber die deutsche Vereinigung war nichts Normales. Übrigens: was würde sich denn verbessern, wenn alle ostdeutschen Chefsessel mit Ostdeutschen besetzt wären? Ist es das wärmende Gefühl, dass „wir“ dann „unter uns“ sind? Also ethnische Reinheit? Ich danke bestens. Denn mir sind keineswegs alle Ostdeutschen sympathisch. Manche sind mir nicht einmal vertrauenswürdig. 1989 hat in der DDR eine Revolution stattgefunden, und zu der gehört ein Elitenwechsel. Der begann noch 1989, als in Betrieben und Schulen die Beschäftigten neue Direktoren wählten, sozusagen spontandemokratisch, denn eine Rechtsgrundlage gab es dafür gar nicht. Allerdings blieb dieser inneröstliche Elitenwechsel unvollendet. […]
Aufbauhelfer aus dem Westen. Dass nun viele Westdeutsche als Aufbauhelfer in den Osten kamen, manche aus dem Ruhestand, war eine logische Konsequenz der ostdeutschen Option für den Beitritt und wurde damals weithin begrüßt. Ohne diese Aufbauhelfer wären die Länder und Kommunen, Verwaltung, Justiz und Polizei nicht so schnell wieder handlungsfähig geworden. Die meisten von ihnen haben nunmehr den größeren Teil ihrer Berufstätigkeit im Osten verbracht. In der Leipziger Statistik scheinen sie aber lebenslang Westdeutsche zu bleiben. Einmal Wessi immer Wessi. Dagegen haben offenbar die mehr als vier Millionen Ostdeutschen, die seit 1949 die DDR verlassen haben, ihren Status als Ostdeutsche verloren. Wenn sie in den Osten zurückkehrten, waren sie dennoch Westdeutsche. Tolle Logik.
Bei der Wirtschaft war es doch ähnlich. Die Ostdeutschen riefen nach Investoren, die Geld und Knowhow mitbrachten, beides Mangelware im Osten. Die SED-PDS wollte 1989/90 ihre Druckereien der Belegschaft übereignen. Die haben das als Danaergeschenk [= vergiftetes Geschenk] betrachtet und mit Streik gedroht. Sie wollte lieber einen westdeutschen Eigentümer, der die notwendigen neuen Druckmaschinen anschafft und ihnen dauerhaft Druckaufträge verschafft. Sie verstanden von Wirtschaft mehr als die damalige SED-PDS-Führung. […]

3. Die gegenwärtigen Diskussionen um die sogenannte Nachwendezeit leiden an einer enormen Verkürzung der Erinnerung. Für die damaligen Massenentlassungen wird weithin pauschal die Treuhandanstalt verantwortlich gemacht ohne Berücksichtigung der Umstände, unter denen sie die DDR-Wirtschaft in die Marktwirtschaft überführen sollte. Auch der Vergleich mit anderen ehemals sozialistischen Ländern unterbleibt.

„Tut uns leid“ - Graffiti am Marx-Engels-Denkmal 1991 im ehemaligen Ost-Berlin. (Bundesstiftung Aufarbeitung, Ann-Christine Jansson, Bild 07-03 1991 9107)

Das Treuhand-Dilemma

Im Folgenden sollen die extrem ungünstigen Rahmenbedingungen beschrieben werden, unter denen die Treuhand ihre Arbeit in Angriff nehmen musste. Um meine Einschätzung vorwegzunehmen: hätte die Treuhand keine einzige Fehlentscheidung getroffen, hätte der Ausstieg aus der Zentralen Planwirtschaft dennoch zu Massenentlassungen und Betriebsschließungen führen müssen – wie übrigens in allen anderen ehemals sozialistischen Ländern, wenn auch zeitlich gestreckt, denn sie haben keine plötzliche Grenzöffnung erlebt. […]
Durch die Währungsunion 1990 kam es zu einem immensen Einbruch der Nachfrage nach Ostprodukten, oder: die ostdeutsche Wirtschaft verlor massenhaft Kunden. Und ein Unternehmen ohne Kunden muss schließen. […] Hinter der Treuhand als Prügelknabe verschwindet zum einen die Verantwortung der SED für ihre desaströse Wirtschaftspolitik. Obwohl wir als DDR-Bürger täglich die Leistungsschwäche unserer Wirtschaft vor Augen hatten und verspottet haben, scheint nunmehr die Treuhand eine blühende DDR-Wirtschaft ruiniert zu haben. Schlimmer noch: was die SED zu verantworten hatte, wird nun auf dem Umweg über die Treuhand der Bundesregierung und schließlich „dem Westen“ in die Schuhe geschoben. […] Aufgrund der wirtschaftlichen Transformation sind viele völlig unverschuldet arbeitslos geworden. Von denen haben sich viele die Freude an der gewonnen Freiheit nicht nehmen lassen und eine neue Beschäftigung gesucht und gefunden. Dagegen war es ganz in Ordnung, dass viele Träger der SED-Herrschaft ihre privilegierte Stellung verloren, weil sie entweder nicht gewählt wurden oder die Eignung für ihren Posten unter den Bedingungen von Demokratie und Marktwirtschaft nicht vorweisen konnten. Von denen haben zwar sehr viele in der Wirtschaft mehr als ihr Auskommen gefunden, sie betrachten aber oft den widerfahrenen Positionsverlust als Unrecht, das ihnen „der Klassenfeind“ zugefügt habe. Im Herbst 1989 hat aber in der DDR eine Revolution stattgefunden, zu der immer auch Entmachtungen und Elitenwechsel gehören. Ohne diese Revolution wäre es weder zur Maueröffnung noch zur deutschen Vereinigung gekommen.

Quelle: https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/293406/wer-beherrscht-den-osten

13) Einigungsschock

Der ostdeutsche Theologe und Professor Richard Schröder, geb. 1943 in Sachsen, nimmt mit deutlichen Worten Stellung.

Obwohl die Wirtschaft der DDR spätestens seit der Währungsunion [1990] aus den Fugen geriet, ist dank der Abfindungen bei Betriebsschließungen, der westdeutschen Sozialstandards, des Fortbestands der DDR-Sparguthaben und der Übernahme der Staatsschulden der DDR in den Erblastentilgungsfonds der Lebensstandard im Osten nicht gesunken, sondern gestiegen. Er ist bis heute der höchste in allen ehemals sozialistischen Ländern, in denen übrigens die Staatsschulden zumeist durch Inflation geschrumpft wurden. Das hatte den Verlust der Sparguthaben und mindestens vorübergehend extreme Altersarmut und Hungerlöhne im öffentlichen Dienst zur Folge. Den Ostdeutschen ist dagegen durch die Vereinigung viel Hartes und Unerfreuliches erspart geblieben. Dankbarkeit sollte man nie einfordern. Aber Undankbarkeit ist schäbig und verletzt. Die Bundesdeutschen haben seinerzeit die Demokratie unter den Bedingungen des „Wirtschaftswunders“ schätzen gelernt. Die Ostdeutschen sprechen sich mehrheitlich für Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie aus, obwohl sie sie unter Bedingungen eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs kennengelernt haben. So gesehen sind die gegenüber dem Westen niedrigeren Zustimmungswerte eher erfreulich als enttäuschend. Alle Ostdeutschen, auch die, die glücklich sind über das Ende der DDR, haben dennoch auch einen Einigungsschock erlebt. „So habe ich mir die deutsche Einheit nicht vorgestellt“ war Anfang der 90er Jahre ein geflügeltes Wort. Das Ersehnte sah in der Realität anders aus als ersehnt. […]

„Woher kommt die Wut der Ostdeutschen?“ Von der Wut der Ostdeutschen kann gar nicht die Rede sein. Wutig ist eine Minderheit. Aber viele sind erregt und die AfD versteht es, diese Erregung zu nutzen.

Die AfD ist kein ausschließlich ostdeutsches Problem, zumal die Führungsriege weitgehend aus Westdeutschland stammt. Die unstrittig höheren ostdeutschen Wahlerfolge der AfD beruhen aus meiner Sicht darauf, dass die AfD die einzige Partei war, die Bedenken gegen die anfangs unbegrenzte Massenimmigration mit ihrem Höhepunkt 2015 propagierte. Zwar ist einerseits Angst vor Überfremdung dort am stärksten, wo Erfahrungen mit der Einwanderin und dem Einwanderer nebenan fehlen. Doch Ostdeutsche sagen auch oft: Parallelgesellschaften, wie wir sie in manchen westdeutschen Stadteilen und Berlin kennengelernt haben, wollen wir bei uns nicht haben, auch wenn es statistisch dafür überhaupt keine Anhaltspunkte gibt.Sie befürchten, fremd im eigenen Lande zu werden. Zur Antwort bekommen sie aber nicht beruhigende Argumente und Maßnahmen, die diese Gefahr bannen, sondern oft den Vorwurf, sie seien Rassisten oder gar Nazis. Diese Polarisierung hat bei vielen im Osten das Vertrauen in Politik und Medien nachhaltig beschädigt.

Meine Quintessenz [= Schlussfolgerungen]

Jede erfolgreiche Therapie setzt eine zutreffende Diagnose voraus. Die Diagnose: viele Ostdeutsche wählen die AfD und zeigen wenig Berührungsängste zu Pegida und Rechtsextremen, weil sie im Einigungsprozess durch westliche Dominanz gedemütigt worden sind, halte ich für falsch. Ich möchte aber nicht ausschließen, dass viele Ostdeutsche sich das bei gehörigem medialem Trommelfeuer einreden lassen. Jeder ist heute gern Opfer, weil das Ansprüche begründet. In Wahrheit trauen nach einer Umfrage nur drei Prozent der Befragten der AfD zu, die anstehenden Probleme lösen zu können. Gewählt wird sie aber von bis zu 27 Prozent (so bei der Bundestagswahl 2017 in Sachsen), ausschließlich also aus Protest. Protest wogegen?

AfD-Wähler erklären mehrheitlich, dass sie mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufrieden sind. Sie beklagen sich nicht über den Einigungsprozess und auch nicht über die Treuhand. Das liegt doch sehr weit zurück für sie. Aber sie möchten gegen die Migrationspolitik der etablierten Parteien protestieren - aus Überzeugung oder aus diffusen [= unklaren], ihnen eingeredeten Ängsten. Solange sie die Migrationspolitik der Regierung nicht überzeugt, wird die AfD weiter zulegen. Aber wer eine Partei nur aus Protest wählt, ohne ihr zuzutrauen, dass sie vernünftig regieren kann, nimmt seine Verantwortung als Wähler und Wählerin nicht ernst. Diese Verantwortungslosigkeit von Wählern und Wählerinnen wird allerdings befördert, wenn die etablierten Parteien keine Alternativen in der Migrationspolitik anbieten, sondern den Eindruck vermitteln, dass außer der AfD in der Migrationsfrage alle, Regierungsparteien wie Opposition, bloß beschwichtigen und in der Bevölkerung Ängste nicht ernst nehmen - die leider leicht mobilisierbar und instrumentalisierbar sind.
Quelle: https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/293406/wer-beherrscht-den-osten

14) Die DDR-Kinder von Namibia

Der Rostocker Fotograf Roland Hartig schreibt zu seinem Foto, das er 1990 aufgenommen hat:

Mit dem Begriff „DDR-Kinder von Namibia“ wurde eine Flüchtlingsgruppe von insgesamt etwa 400 namibischen SWAPO-Kindern und -Jugendlichen bezeichnet, die ab 1979 bis 1990 in dem Dorf Bellin - zehn Kilometer von Güstrow entfernt - lebten. Die Situation im März 1990 war angespannt und traurig (Foto). Die Leitung sprach davon, dass diese Kinder und ihre Erzieherinnen noch 1990 nach Namibia zurückgeführt werden müssten. Die abrupt gestaltete Rückführung erfolgte im August 1990. Praktisch landeten die „DDR-Kinder von Namibia“, auch „Ossis von Namibia“ genannt, in einem ihnen fremden Land. Ein Grund der Abschiebung: Wenige Monate nach dem Fall der Berliner Mauer erlangte Namibia seine Unabhängigkeit und forderte die Kinder zurück. Die meisten Kinder waren Waisen oder Halbwaisen. Sie sollten in der DDR einen Beruf erlernen, auch studieren, um später als Führungselite Namibias eingesetzt zu werden. (Text: Roland Hartig)

Heutzutage sind einige dieser „DDR-Kinder“ im „Freundeskreis ex-DDR“ organisiert. Die offizielle Sprache des Vereins ist Oshi-Deutsch, eine Mischung aus Deutsch, Englisch und der namibischen Heimatsprache Oshivambo. Nach der Ankunft in Namibia 1990 wurden diese Kinder „Ex-DDR-Kinder“ oder „DDR-Kids“ genannt. Man sprach auch von den „Ossis von Namibia“, da sie sich selbst auch als „Ossi“ bezeichneten. Die Lebenswege dieser Kinder sind seither ganz unterschiedlich verlaufen. Für viele bedeutete die Rückkehr nach Namibia einen Konflikt zwischen zwei Heimatländern, zwei Kulturen und zwei Identitäten. Heute bezeichnen sich die jungen Ex-DDR-Kinder gegenseitig als „Omulaule“, was in der Sprache Oshivambo „schwarz“ oder „schwarzer Mann“ bedeutet.

Oben: Die Kinder aus Namibia, 1990.
Unten: Eine namibische Erzieherin und der Leiter des Projekts diskutieren den überraschenden Beschluss über das Ende des Projekts. (Fotos: Roland Hartig 9 und 10)

15) Bilanz der Bundesregierung nach 30 Jahren Einheit

Mehr Einendes als Trennendes: Die Bundesregierung hat den Jahresbericht 2020 zum Stand der Deutschen Einheit beschlossen. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung stehe überwiegend Positives darin, sagte der Beauftragte für die neuen Länder, Marco Wanderwitz. Die neuen Länder hätten wichtige Impulse für ein modernes Deutschland eingebracht. Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Bericht.

Überall im Land überwiegen gute, wenn auch nicht immer gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Bürgerinnen und Bürger sind heute zufriedener als zu jedem Zeitpunkt seit der Wiedervereinigung. Die Lebensqualität hat mittlerweile bundesweit einen Höchststand erreicht – trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die weitaus meisten Menschen blicken zuversichtlich in die Zukunft. Das geht aus dem Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2020 hervor, den das Bundeswirtschaftsministerium vorgelegt und den das Kabinett am Mittwoch, den 16. September 2020, beschlossen hat.

Wie schaut die Bilanz nach 30 Jahren Einheit aus?
„Deutschland ist sich in vielen Dingen seit 1990 sehr ähnlich geworden. Das kann man messen angefangen von Familienmodellen, über Freizeitgestaltung, Arbeitszeiten, Vereinsleben - wohin man schaut, man findet mehr Gemeinsames als Trennendes.“ So lautet die Bilanz des Beauftragten für die neuen Bundesländer, Marco Wanderwitz.
Unterschiede in der Wirtschaftskraft, strukturelle Probleme in der Demokratieakzeptanz und Rechtsextremismus seien Aspekte, an denen noch gearbeitet werden müsse. Für Wanderwitz ist es wichtig, den Zusammenhalt weiter zu stärken und den begonnenen Ost-West-Dialog fortzusetzen.

Zwei Menschen aus West und Ost treffen sich, Karow bei Wismar 1990. (Foto: Roland Hartig 8)

Gibt es noch Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern?
Überwiegend liegen die Ost-West-Unterschiede heute in einer Bandbreite, wie sie für die föderale Vielfalt in der Bundesrepublik typisch ist. In einigen Bereichen und Regionen haben die neuen Länder spezifische Stärken entwickelt, in anderen, zentralen Bereichen besteht allerdings noch eine Lücke.

Wie stark ist die Wirtschaft in den ostdeutschen Ländern?
Die Wirtschaftskraft der neuen Länder hat sich seit der Wiedervereinigung vervierfacht. Die durchschnittliche Wirtschaftskraft erreichte gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2019 ein Niveau von knapp 73 Prozent. Mit Berlin sind es sogar 79,1 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts.
Erste Prognosen zeigen, dass der wirtschaftliche Einbruch durch die Corona-Pandemie in den neuen Ländern etwas schwächer als in den alten ausfallen wird. Die Arbeitslosenquote stieg in den neuen Ländern im Juli 2020 mit plus 1,5 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr etwas stärker als in den alten Ländern (plus 1,3 Prozentpunkte). Die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen in Deutschland ist von 68,7 Prozent im Jahr 2000 auf 80,6 Prozent im Jahr 2019 gestiegen. In den neuen Ländern stieg die Erwerbstätigenquote im selben Zeitraum von 65,3 Prozent auf 80,3 Prozent.

Was sind Gründe für die noch immer geringere Wirtschaftskraft?
Was in den neuen Ländern fehlt und wo sich 40 Jahre Teilung und Planwirtschaft nach wie vor auswirken, sind wirtschaftsstarke Regionen mit einer hohen Dichte an Arbeitsplätzen. Vor allem große, forschungsstarke und international orientierten Unternehmen gibt es nur wenige. Auch die wirtschaftlichen Zentren der neuen Länder wie Jena, Leipzig oder Dresden sowie das Umland von Berlin erreichen bei den wirtschaftlichen Kerndaten erst das Niveau von strukturschwächeren westdeutschen Städten und Räumen.
Doch durch die Ansiedlung von Zukunftstechnologien in den neuen Ländern können nach und nach geringere Tariflöhne und die Wirtschafskraft angeglichen werden. Brandenburg und Sachsen hätten mittlerweile in der Wirtschaftskraft das Saarland überholt, so der Beauftragte Wanderwitz.

Wie steht es um die Einheit im sozialen Bereich?
Die Menschen sind heute zufriedener als zu jedem Zeitpunkt seit der Wiedervereinigung. Die Fortschritte auf dem Weg zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse werden wahrgenommen und schlagen sich in einer insgesamt großen Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der eigenen wirtschaftlichen Lage nieder. Diese ist in allen Teilen Deutschlands zumindest bis zum Covid-19-Einbruch konstant spür- und messbar gewesen.
Die verfügbaren Haushaltseinkommen in den neuen Ländern erreichten 2018 88,3 Prozent des Bundesdurchschnitts. Zum 1. Juli 2020 wurde der aktuelle Rentenwert (Ost) auf 97,2 Prozent des Westwerts angehoben. Bis 2024 werden die Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West schrittweise angeglichen.

Gibt es einen Demokratieverdruss in den neuen Bundesländern?
Zur Bilanz gehört jedoch auch, dass der Zuspruch zur Demokratie sowie zum Staat und seinen Institutionen in den neuen Ländern durchgängig schwächer ausgebildet ist. Obgleich sich die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement in den neuen Ländern dynamisch entwickelt haben, engagieren sich noch weniger Menschen in festen Ehrenamtsstrukturen als in den alten Ländern.
Insgesamt hält eine Mehrheit von 88 Prozent die Demokratie als die für Deutschland am besten geeignete Staatsform. Diese Affinität [= zuneigende Tendenz] ist besonders in jüngeren Altersgruppen sichtbar. Die Bundesregierung tritt mit aller Entschiedenheit denen entgegen, die demokratische Institutionen missachten. Gegen Extremismus, Hass, rassistisch und antisemitisch motivierten Anschläge, Gewalt gegen engagierte Bürgerinnen und Bürger oder gegen Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates werden alle Mittel des Rechtsstaates eingesetzt.

16) Was bleibt?

Gegensätze

Eine Buchhandlung verramscht [= verkauft zu niedrigsten Preisen] Bücher aus der DDR, 1991. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Daniel Biskup, BildScan_039)

„Ostalgie“-Party in Berlin, 1994. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Ann-Christine Jansson, Bild 14-04 1994 Nostalgieparty 940122-2)

17) Und zu welchem Schluss kommt die Einheitskommission 2020?

Im Jahr 2019 wurde die Regierungskommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ mit 22 Mitgliedern aus der Politik, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Kultur (z.B. die Schauspieler Jan Josef Liefers und Anna Maria Mühe) unter dem Vorsitz von Matthias Platzeck, ehemaliger Ministerpräsident von Brandenburg und seinem Stellvertreter, Marco Wanderwitz, dem Parlamentarischen Staatssekretär und Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, eingesetzt. Im Auftrag dieser Einheitskommission wurde das Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH (INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung) beauftragt, eine deutschlandweite Meinungsumfrage zu erheben, auf deren Grundlage in Zukunft ein regelmäßiger „Deutschland-Monitor“ eingerichtet werden soll. Die Untersuchung wurde in der Zeit vom 28.08. bis zum 14.09.2020 in Form einer Kurzerhebung durchgeführt.

Acht wesentliche Ergebnisse der Untersuchung sind:

1. Wichtigste Themen
Sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands stehen (zum Zeitpunkt der Umfrage im August und September 2020) die Themen Zuwanderung/ Asyl und Corona-Pandemie an erster und zweiter Stelle des gesellschaftlichen Interesses. Gerechtigkeitsfragen und Alterssicherung stehen im Osten auf Rang 3 und 4, während auf Rang 3 und 4 im Westen der Klimawandel und Gerechtigkeitsfragen stehen. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch in den Bevorzugungen der einzelnen gesellschaftlichen Cluster [= Gruppen]: Während Angehörige des „offenen und liberalen“ Clusters vor allem Wert auf Umweltschutz und Klimawandel legen, sehen „verdrossene Populisten“ als entscheidende Themen Zuwanderung, Asylfragen und Geflüchtete.

2. Zustimmung zur Demokratie
Ungefähr seit 2015 steigt in beiden Teilen Deutschlands das politische Interesse deutlich an. Aktuell schätzen sich nahezu gleich viele Menschen in Ost- und Westdeutschland als politisch interessiert ein (70 %). Deutliche Mehrheiten in Ost (82 %) und West (91 %) beurteilen die Demokratie als „gute Regierungsform“. Gleichwohl wird die Demokratie als Regierungsform in Ostdeutschland von einem Fünftel der Bevölkerung grundsätzlich abgelehnt, während dies in Westdeutschland nur bei einem Zehntel der Fall ist.

3. Funktionieren der Demokratie
Neben der grundsätzlichen Zustimmung zur Idee der Demokratie ist die Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie ein wichtiger Indikator [= Anzeichen]. Hier zeigen sich knapp zwei Drittel der Befragten deutschlandweit zufrieden, gut ein Viertel hingegen unzufrieden. Dabei ist ein deutliches Ost-West-Gefälle erkennbar: Während zwei Drittel der Westdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie voll und ganz bzw. eher zufrieden sind, trifft dies auf weniger als die Hälfte der Ostdeutschen zu. Zugleich zeigen die Ergebnisse unabhängig von Ost oder West die Korrelation [= Wechselbeziehung oder Zusammenhang], die zwischen allgemeiner Einstellung zur demokratischen Politik einerseits und sozioökonomischen Indikatoren (Einkommen, gesellschaftlicher Stellung, Bildung etc.) andererseits besteht. Als Faustregel gilt: Je besser die individuelle Lage, Lebenszufriedenheit und Beurteilung der konkreten Lebensbedingungen vor Ort, desto größer die Demokratiezufriedenheit.

4. Institutionenvertrauen
Sowohl rechtsstaatliche als auch parteienstaatliche Institutionen [= Einrichtungen] genießen in den ostdeutschen Ländern kontinuierlich geringeres Vertrauen als in den westdeutschen. Gleichzeitig zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Institutionenvertrauen. Annähernd zwei Drittel der Ostdeutschen äußern sich misstrauisch gegenüber politischen Parteien. Nur knapp die Hälfte aller Befragten im gesamtdeutschen Durchschnitt glaubt, Inhabende politischer Ämter und Mandate hätten das Allgemeinwohl im Blick.

Dass sich „Politiker darum kümmern, was einfache Leute denken“, verneinen knapp zwei Drittel aller Befragten – in Ostdeutschland fast 70 %. Die Ansicht, „Leute wie ich“ seien politisch einflusslos, wird bundesweit von knapp der Hälfte der Befragten vertreten; 37 % sind gegenteiliger Ansicht. Auch hierbei bestehen deutliche Unterschiede je nach bewerteter Institution und sozialem Status der Befragten. Beispielsweise ist das Vertrauen in Polizei, Rettungskräfte und Gesundheitseinrichtungen deutlich stärker ausgeprägt als das Vertrauen in Parlamente oder politische Parteien. Das gesellschaftliche Cluster der „Offenen und Liberalen“ legt hierbei deutlich mehr Institutionenvertrauen an den Tag als die Cluster der „verdrossenen Populisten“ oder der „angepassten Skeptiker [= Zweifler]“.

5. Verbundenheit
Ost- und Westdeutsche gleichermaßen fühlen sich am stärksten ihrem jeweiligen wohnortnahen Lebens- und Arbeitsumfeld verbunden. Hingegen fühlen sich Ostdeutsche wesentlich stärker mit Ostdeutschland verbunden (77 %) als Westdeutsche mit Westdeutschland (58 %). Bürgerinnen und Bürger der westdeutschen Länder fühlen sich häufiger als Ostdeutsche der Bundesrepublik insgesamt verbunden. Demgegenüber besteht unter den Menschen in den neuen Ländern eine starke Identifikation mit Ostdeutschland. Ältere verbinden mit der Bezugsregion Ostdeutschland Erinnerungen an DDR und Transformation. Die Nachwirkungen dieser Zeit entfalten auch bei Teilen der jüngeren Generationen in Ostdeutschland noch immer die starke Bindekraft eines ostdeutschen „Schicksalskollektivs“ [= Schicksalsgemeinschaft].

6. Wertschätzung und Selbsteinschätzung
Verbreitet ist der Eindruck, Ostdeutschen werde für ihre „Lebensleistung“ nicht genug Wertschätzung entgegengebracht. Die Anerkennung ihrer jeweiligen Lebensleistung wünschen sich rund 83 % der Ostdeutschen und rund 63 % der Westdeutschen. Im Osten vertreten 82 % der Bürgerinnen und Bürger die Auffassung, die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen sei wichtig für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit, im Westen wird diese Aussage immerhin von 63 % der Befragten unterstützt. Zwei Drittel (66 %) der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern erklären, Ostdeutsche würden in der Bundesrepublik „häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt“ – eine Einschätzung, die von einem guten Drittel (37 %) der Westdeutschen geteilt wird.
In beiden Landesteilen nehmen sich insgesamt mehr Menschen als Gewinner der Deutschen Einheit wahr, wobei allerdings deutliche Unterschiede bestehen: Im Westen fühlt sich die Mehrheit (52 %) weder als Gewinner noch als Verlierer. Zudem gibt es hier es nur wenig Befragte, die sich „eindeutig“ als Verlierer der Einheit wahrnehmen (10 %). Im Osten hingegen bezeichnen sich 43 % der Befragten als Gewinner der Wiedervereinigung, während sich 20 % als Verlierer sehen. Allerdings zeigt der Deutschland-Monitor, dass die Antworten auf diese Frage je nach gesellschaftlicher Gruppe und Cluster stark variierten [= sich unterscheiden]. Klar sind jedoch auch hier die Korrelationen: Wer sich und die eigene Familie auf der Verliererseite der Transformation sieht, legt sowohl eine stärkere Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation als auch ein geringeres Vertrauen in demokratische Institutionen und ihre Performanz [= öffentlicher Auftritt und Sprachverwendung] an den Tag. Bei denjenigen, die sich als Gewinner empfinden, ergibt sich das umgekehrte Bild.

7. Lebenszufriedenheit und regionale Disparitäten [= Unterschiede]
Insgesamt ist in ganz Deutschland die Lebenszufriedenheit relativ hoch. In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit insbesondere im Hinblick auf medizinische Versorgung, Absicherung im Alter und finanzielle Situation niedriger. Knapp zwei Drittel der Befragten halten die Corona-Pandemie für Deutschland für gefährlich. Fast jeder zweite Befragte sieht sein Lebensgefühl durch die Pandemie deutlich beeinträchtigt. So lehnen mehr als zwei Drittel auch Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen ab. Schaut man auf die konkreten Lebensbedingungen vor Ort, sind in Deutschland deutliche Disparitäten erkennbar. In Ostdeutschland werden fast alle Lebensbedingungen, mit Ausnahme der Kinderbetreuung, Umwelt und Wohnraumversorgung, schlechter bewertet als in den westdeutschen Ländern. Besonders kritisch wird die eigene Lage von den Bewohnerinnen und Bewohnern der ländlichen Regionen Ostdeutschlands eingeschätzt.

8. Langfristige Entwicklungstrends
Die Kurzerhebung zum Deutschland-Monitor ging auch der übergeordneten Frage nach, ob sich in Ostdeutschland ein regionales Sonderbewusstsein verfestigen könnte, das auf dem Narrativ [= öffentliches Erzählmuster] fortwirkender kollektiver [= gemeinschaftlicher] Benachteiligung beruht. Hierfür finden sich jedoch in der Umfrage keine eindeutigen empirischen [= nachweisbaren] Anzeichen. Grundsätzlich ist vielmehr festzustellen, dass sich die Menschen in beiden Landesteilen bei zentralen politischen Einstellungen tendenziell in die gleiche Richtung bewegen, auch wenn weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen. Zum Ausdruck kommt hierbei, dass die politische Kultur Deutschlands keinesfalls homogen [= gleichartig] ist, aber auch nicht dramatisch auseinanderdriftet. Bei aktuellen Themen wie Globalisierung und Digitalisierung sind die Sichtweisen in den ost- und westdeutschen Ländern relativ ähnlich. Mehr als die Hälfte der Befragten geht von großen Veränderungen ihres Berufslebens aufgrund der Digitalisierung aus. Deutliche Mehrheiten unterstützen weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Digitalisierung des Alltags. Auf die Globalisierung und weltweite Vernetzung der Wirtschaft blicken etwa 30 % mit Hoffnungen und Zuversicht. Anlass zur Sorge gibt allerdings der Umstand, dass der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die der Demokratie und ihren Institutionen skeptisch [= zweifelnd] oder gar ablehnend gegenüberstehen, in Ostdeutschland erheblich größer sei als in Westdeutschland. Die weitere Entwicklung dieses Zustands muss sorgfältig beobachtet werden.

Quelle: Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, hg. vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin, Dezember 2020, S. 62-65.

18) 30 Jahre Einheit. Woran erinnern?

Eine Umfrage im Auftrag der Einheitskommission (siehe oben Nr. 17) fragte die Deutschen in Ost und West nach der historischen Erinnerung an die deutsche Einheit (2020).

Erinnerung ist in pluralistischen Gesellschaften immer umkämpft. […]
In einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen versteht es sich von selbst, dass unterschiedliche Akteure (Parteien, Interessengruppen etc.) unterschiedliche historische Bezugspunkte oder Persönlichkeiten für besonders bedeutsam halten. Beispielhaft gesprochen: Manche beziehen sich auf [Bundeskanzler Konrad] Adenauer [der 1950er und 1960er Jahre] (Westbindung) oder [Bundeswirtschaftsminister Ludwig] Erhard [der 1950er und 1960er Jahre] (soziale Marktwirtschaft), andere auf [Bundeskanzler Willy] Brandt der 1960er und 1970er Jahre] („Mehr Demokratie wagen“ und Ostpolitik), wieder andere sehen sich vor allem in der Tradition der Friedens- und Freiheitsbewegungen der DDR oder der Bewältigung der schwierigen Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

Transparente und Schilder, die bei der Großdemonstration am 4. November 1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz gezeigt wurden. Geschichtsbewusste Demonstranten sammelten diese ein und übergaben sie viele Jahre später dem Museum „Haus der (deutschen) Geschichte“. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Harald Hauswald - Ostkreuz, Bild 891104hh65)

Um Erinnerungen einzufangen und Geschichte nachzuerzählen, bedienen wir uns – wie andere Nationen auch – u. a. nationaler Symbole: der deutschen Flagge, der Farben Schwarz-Rot-Gold, unserer Nationalhymne. Symbole und Rituale schaffen Bindung und ein Identitätsgefühl. Sie rufen uns unsere Werte ins Bewusstsein. Das Grundgesetz schreibt uns die deutsche Flagge in den Farben Schwarz-Rot-Gold sogar vor. Das erinnert uns an die freiheitlichen, demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte. Gleichermaßen von Bedeutung sind entscheidende historische Daten.

Beispielsweise steht der 18. März zum einen für die beiden, in den Jahren 1793 und 1848 letztlich gescheiterten Aufbrüche zu Freiheit und Demokratie, vor allem aber für die erste und letzte freie Volkskammerwahl in der der DDR 1990. Zugleich markiert der 18. März den demokratisch legitimierten Übergang von der Phase der Abschüttelung der SED-Herrschaft hin zur Gestaltung der Deutschen Einheit in Frieden und Freiheit.

Der 17. Juni wiederum hält in Deutschland das Gedächtnis an den großen Volksaufstand für politische und ökonomische Freiheit wach, der im Sommer 1953 die gesamte DDR erfasste und in dessen Verlauf mindestens 55 Menschen ums Leben kamen. Der Jahrestag der Erhebung, die von der herrschenden SED nur mithilfe des sowjetischen Militärs niedergeschlagen werden konnte, wurde in der Bundesrepublik von 1954 bis 1990 als gesetzlicher Feiertag und als „Tag der deutschen Einheit“ begangen. Die 1963 erfolgte Proklamierung [= Ausrufung] zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ hat weiterhin Bestand. Im wiedervereinigten Deutschland erinnert der 17. Juni an das in den Jahrzehnten vor dem Herbst 1989 niemals erloschene Streben von Deutschen in Ost und West nach demokratischer Freiheit und nationaler Einheit.

Am 13. August 1961 schloss die SED-Führung mit dem Mauerbau in Berlin für die Ostdeutschen die letzte Möglichkeit eines relativ gefahrlosen Verlassens der DDR. Somit steht dieser Tag weit über Berlin hinaus für die schmerzhafte Zeit der Teilung Deutschlands und Europas. Im Gedenken an den Mauerbau und das mörderische Grenzregime sowie an seine Opfer wird somit auch in Zukunft der 13. August nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland eine herausgehobene Bedeutung haben.
In dieser Tradition stehend, bildet der 9. Oktober 1989 für die Deutschen einen wichtigen Markstein. Denn der 9. Oktober markiert sowohl den Höhepunkt als auch den Sieg der Friedlichen Revolution von 1989. Nach mutigen Protestkundgebungen in Plauen, Arnstadt, Dresden, Ost-Berlin, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Potsdam sowie in Leipzig selbst in den Tagen und Wochen zuvor demonstrierten am 9. Oktober in Leipzig 70.000 Menschen – so viele wie noch nie. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ prägten sie das demokratisch-freiheitliche Motto der Friedlichen Revolution in der DDR. Anders als 1953 wurde der Protest nicht gewaltsam niedergeschlagen – trotz massiver Vorbereitungen von Polizei und Armee und einer dramatischen Situation. Somit steht auch der 9. Oktober für den Mut Zehntausender Menschen, welche die Tür zur friedlichen Veränderung der DDR weit aufstießen und sich somit in die großen Freiheitsbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa Ende der 1980er-Jahre und frühen 1990er-Jahre einreihten.

Der emotionale Kulminationspunkt [= Höhepunkt] der (ost-) deutschen Freiheitsrevolution von 1989 war der 9. November. In dieser Nacht erzwangen die Bürgerinnen und Bürger der DDR die Öffnung der Mauer, die wie nichts anderes sowohl die Teilung Deutschlands als auch die Systemgrenze zwischen freiheitlicher Demokratie und Diktatur symbolisierte. Für alle Zeit bleibt deshalb der 9. November derjenige Erinnerungstag, anhand dessen sich dieser Kontrast in besonders eingängiger, bildhafter Weise erklären lässt. Es verwundert daher nicht, dass die Deutschen – in Ost und West gleichermaßen – unter allen einschlägigen historischen Ereignissen mit Abstand am stärksten den „Mauerfall“ als prägendes Datum für die Deutsche Einheit benennen. Zugleich ist der 9. November dasjenige Datum in der deutschen Demokratiegeschichte, das wie kein anderes die Kraft des demokratischen Souveräns [= das Volk] symbolisiert, seine Geschicke selbst zu gestalten. Dass der 9. November darüber hinaus mit dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 und der Reichspogromnacht von 1938 eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte markiert, macht dieses Datum unter Gesichtspunkten der Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik nur umso bedeutender. Mit der Ausrufung der ersten deutschen Republik am 9. November 1918 kommt ein weiterer wichtiger historischer Wendepunkt der deutschen Geschichte hinzu. Die Ereignisse des 9. November 1989 werden in den Erinnerungen und im emotionalen Haushalt der Deutschen noch auf viele Jahre hinaus eine große Rolle spielen. Sie vermitteln Identifikation und historischen Sinn. Für Deutschland und die Deutschen kommt es also darauf an, den 9. November in seiner Ambivalenz [= Vielschichtigkeit oder Widersprüchlichkeit] zu würdigen. Dabei muss es darum gehen, sowohl auf die Kraft als auch auf die gleichzeitige Fragilität von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie zu verweisen.

Ergebnisse der Umfrage „Welchen Tag verbinden Sie am stärksten mit der Vollendung der Deutschen Einheit?

9. November 1989:	74%
3. Oktober 1990:	68%
9. Oktober 1989:	52%
18. März 1990:	36%
17. Juni 1953:	30%

Quelle: Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, hg. vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin, Dezember 2020, S. 83-85.

Demonstration des Neuen Forum während der Friedlichen Revolution, Rostock 1989/90. (Foto: Roland Hartig 7)

19) 30 Jahre Einheit – und was ist jetzt zu tun?

Die Einheitskommission (siehe oben Nr. 17) untersuchte im Jubiläumsjahr 2019/2020 den bisherigen Transformations- und Vereinigungsprozess, um daraus Erkenntnisse für die weitere Ausgestaltung der Deutschen Einheit zu ziehen. Dieser Bericht enthält Handlungsempfehlungen zur weiteren Gestaltung des Einheitsprozesses sowie zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Espenhain (Sachsen), 1997: Der Trabi wird geputzt. Mittlerweile hat der Trabi wieder neue Fans gefunden. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Ann-Christine Jansson, Bild DDR OST Espenhain 14-05 971011)

Die Kommission schlägt die Einrichtung eines „Zukunftszentrums für europäische Transformation und Deutsche Einheit“ vor. Dazu der Kommissionsvorsitzende und ehemalige Ministerpräsident Brandenburgs, Matthias Platzeck: „Ostdeutschland braucht einen Knotenpunkt für die Debatte über den richtigen Weg unserer Gesellschaft in die Zukunft. Das Zukunftszentrum soll erforschen, wie gesellschaftliche Umbrüche gelingen können. Dazu gehört unbedingt, dass wir im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Aufbauleistung der vergangenen drei Jahrzehnte in den Mittelpunkt stellen: Was haben wir gemeinsam geschafft? Und wie soll es weitergehen? Im Zukunftszentrum wollen wir die Transformationskompetenz der Ostdeutschen für neue Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimawandel, demografischer Wandel und Internationalisierung nutzen.“
Laut einer für die Kommission durchgeführten repräsentativen Umfrage („Deutschland-Monitor“) meinen 82% der Ost- und 62% der Westdeutschen, die Anerkennung der Lebensleistungen der Ostdeutschen sei wichtig für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit. „Ostdeutschland ist kein Randthema nur einer Region. Es gehört mitten hinein in die Debatte [= Diskussion] über Deutschlands und Europas Zukunft im 21. Jahrhundert“, so Platzeck.
Die tiefgreifenden Transformationserfahrungen der Ostdeutschen sollten fruchtbar gemacht werden. Es geht um eine bessere Repräsentation [= Anwesenheit] der Ostdeutschen in Führungspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft. Das soll unter anderem durch die Errichtung eines Begabtenförderungswerkes erreicht werden. All dies kann aus Sicht der Kommission dazu beitragen, die demokratische Kultur und ihre Institutionen zu stärken.
Die Kommission plädiert [= fordern, sich aussprechen für] ebenfalls dafür, SED-Unrecht nicht zu vergessen und Opfer und Verfolgte der SED-Diktatur besser zu würdigen – mit finanziellen Zuwendungen, psychologischer Betreuung, Anerkennung von Gesundheitsschäden und mit öffentlicher Wertschätzung. Die Kommission empfiehlt die Stärkung strukturschwacher Regionen, um das politische Ziel „Gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in ganz Deutschland zu erreichen. Die Erfahrung der Wiedervereinigung von Freiheitsrevolution und Einheit 1989/90 sollte nach Auffassung der Kommission Ausdruck finden in einem öffentlich sichtbaren Umgang mit Symbolen der Demokratie in Deutschland.
Die Kommission schlägt beispielsweise vor, den 9. November, den Tag der Maueröffnung, der Reichspogromnacht und der Novemberrevolution als neuen Nationalen Gedenktag zu begehen. Als „Tag der Demokratie“ sollte in Erinnerung an die entscheidende Demonstration in Leipzig 1989 auch der 9. Oktober gefeiert werden. Der Deutschland-Monitor hat gezeigt, dass 74% der Deutschen im 9. November das am stärksten mit der Deutschen Einheit verbundene Datum sehen. Dabei sollen Schwarz-Rot-Gold als Farben der Demokratie stärker ins Bewusstsein gerückt werden, wie der stellvertretende Kommissionsvorsitzende und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Marco Wanderwitz betont: „An den Gedenktagen sollen unsere Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold besonders sichtbar sein. Sie sind als Zeichen erkämpfter Freiheit und Demokratie sowohl Symbole des Staates als auch der für diese Werte eintretenden Bürgerinnen und Bürger.“ […] Der Bericht wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesinnenminister Horst Seehofer und Bundesfinanzminister Olaf Scholz bei einem digitalen Treffen am 3. Dezember 2020 übergeben. Mit der Veröffentlichung des Berichts beendet die Kommission ihre Arbeit.
Der Abschlussbericht ist online abrufbar unter: https://deutschland-ist-eins-vieles.de/kommission/ .

Quelle: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kommission-30-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit-stellt-abschlussbericht-vor-1825642

20) „Die Fähigkeit zum Respekt ist die Grundlage für einen gemeinsamen Diskurs“

Der Bürgerrechtler Roland Jahn, heute Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, im Gespräch mit der Redakteurin Jana Trumann vom Magazin „Politische Bildung. Journal für politische Bildung“ des Frankfurter Wochenschau-Verlages (2019):

Friedlicher Protest für mehr Offenheit (Glasnost) in der DDR, Evangelischer Kirchentag in Ost-Berlin, 28. Juni 1987. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Klaus Mehner, 87_0628_REL_EvKT_EndeC_02)

Menschen auf der Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor, November 1989. (Bundesstiftung Aufarbeitung. Foto: Uwe Gerig, 5093)

Journal: Wenn wir jetzt noch einmal auf den Anlass unseres Gespräches, 30 Jahre Mauerfall und Friedliche Revolution, zurückkommen – welche Bedeutung haben Jubiläen und Jahrestage heute?
Roland Jahn: Jahrestage haben per se [= für sich] eigentlich keine Bedeutung. Sie sind nur ein Anlass, sich an das zu erinnern, was uns wichtig ist, was uns Bedeutung gibt, was wir nicht vergessen wollen. Aber dazu gehört vor allem, dass die Menschen etwas damit anfangen können.
Ich bin beispielsweise kein Fan von Jahrestagen, die man genauer erklären muss. Ich bin sehr wohl ein Fan davon, dass man jederzeit die Inhalte, die mit der Friedlichen Revolution oder mit der deutschen Einheit verbunden sind, vermittelt. Die Erinnerung an diese bedeutenden Ereignisse ist ja noch relativ frisch, sodass sich Leute damit in Bezug setzen können. Deswegen ist es eine Chance, dazu auch Inhalte anzubieten: Was war denn der Mauerfall? Was bedeutete dieser Mauerfall für die Menschen? Wieso haben sie die Mauer überhaupt erbaut? […]
In Bezug auf die DDR bin ich zu dem Schluss gekommen, dass das Land ein gutes Beispiel dafür ist, dass man Menschenrechte nicht mit Menschenrechtsverletzungen schützen kann. […] Es gibt keinerlei Rechtfertigung dafür, Menschenrechte zu verletzen, um politische Ziele durchzusetzen. Und in dem Sinne ist so ein Jahrestag wie der Mauerfall eine tolle Möglichkeit, über die Werte von Gesellschaft zu sprechen. Aber der Mauerfall ist auch Ausdruck dafür, dass eine Diktatur überwindbar ist, dass das scheinbar Unmögliche möglich wird, wenn Menschen es tun.
Journal: Politische Bildung fängt also bei einem Gespräch, bei einem Dialog zu zweit, in der Gruppe, also im ganz Kleinen an?
Roland Jahn: Politische Bildung fängt für mich damit an, sich im Austausch mit anderen Menschen Wissen anzueignen. […] Politische Bildung heißt ja, die unterschiedlichen Blickwinkel miteinzubeziehen und kein Geschichtsbild vorzugeben, also nicht vorzuschreiben, was der Mensch zu denken hat, sondern dafür zu sorgen, dass er sein eigenes Bild entwickelt, aber auch, dass alle am gesellschaftlichen Diskurs teilhaben können.
Journal: Wenn Sie nochmal zurückdenken, als sie etwa 20 Jahre alt waren. Wäre es vorstellbar gewesen, dass Sie einmal ein solches Amt [= Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen] übernehmen würden?
Roland Jahn: Nein. Als ich in Jena als Jugendlicher unterwegs war, da habe ich nicht gedacht, dass ich einmal in der „Tagesschau“ eine Nachricht sein würde oder wir als Gruppe eine Herausforderung für den Staat DDR wären. Genauso wenig habe ich im Stasi-Gefängnis daran gedacht, dass ich heute Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen bin.
Auf der anderen Seite macht es Hoffnung für all die Gesellschaften in dieser Welt, in denen Menschen nach wie vor unterdrückt werden, in denen Menschen aus politischen Gründen in Gefängnissen sitzen. Für all jene ist das ein Hoffnungszeichen, dass ein ehemaliger politischer Gefangener jetzt ein Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen ist. Verhältnisse können sich ändern, Unterdrückung kann enden. Das ist eine Botschaft sowohl für die Opfer dieser Diktatur in Deutschland als auch für all diejenigen in der Welt, die noch hoffen, dass sich auch die Verhältnisse bei ihnen ändern werden.
Journal: Besser hätte ein Schlusswort nicht formuliert sein können. Ich danke Ihnen ganz herzlich für das Gespräch.

Quelle: Politische Bildung. Journal für politische Bildung, Nr. 4 (2019) Friedliche Revolution – und dann?, Frankfurt am Main 2019, S. 46-47

30 Jahre Einheit – und heute?

Die DDR – ja und?

Aufgabe

Beschriftet die Bilder mit einer selbstgewählten Unterzeile. Sucht einige für euch wichtige Bilder aus und gestaltet damit euer Poster.

2

4

7

30 Jahre Einheit – und heute?

Die DDR – ja und?

Aufgabe

Beschriftet die Bilder mit einer selbstgewählten Unterzeile. Sucht einige für euch wichtige Bilder aus und gestaltet damit euer Poster.

9

10

8

30 Jahre Einheit – und heute?

Die DDR – ja und?

Aufgabe

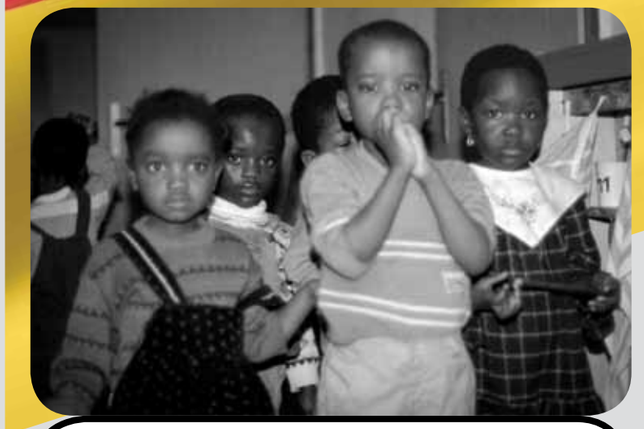
Beschriftet die Bilder mit einer selbstgewählten Unterzeile. Sucht einige für euch wichtige Bilder aus und gestaltet damit euer Poster.

11

12

15

14



30 Jahre Einheit – und heute?

Die DDR – ja und?

Aufgabe

Beschriftet die Bilder mit einer selbstgewählten Unterzeile. Sucht einige für euch wichtige Bilder aus und gestaltet damit euer Poster.

16b

16a

18a

30 Jahre Einheit – und heute?

Die DDR – ja und?

Aufgabe

Beschriftet die Bilder mit einer selbstgewählten Unterzeile. Sucht einige für euch wichtige Bilder aus und gestaltet damit euer Poster.

19

20

18b

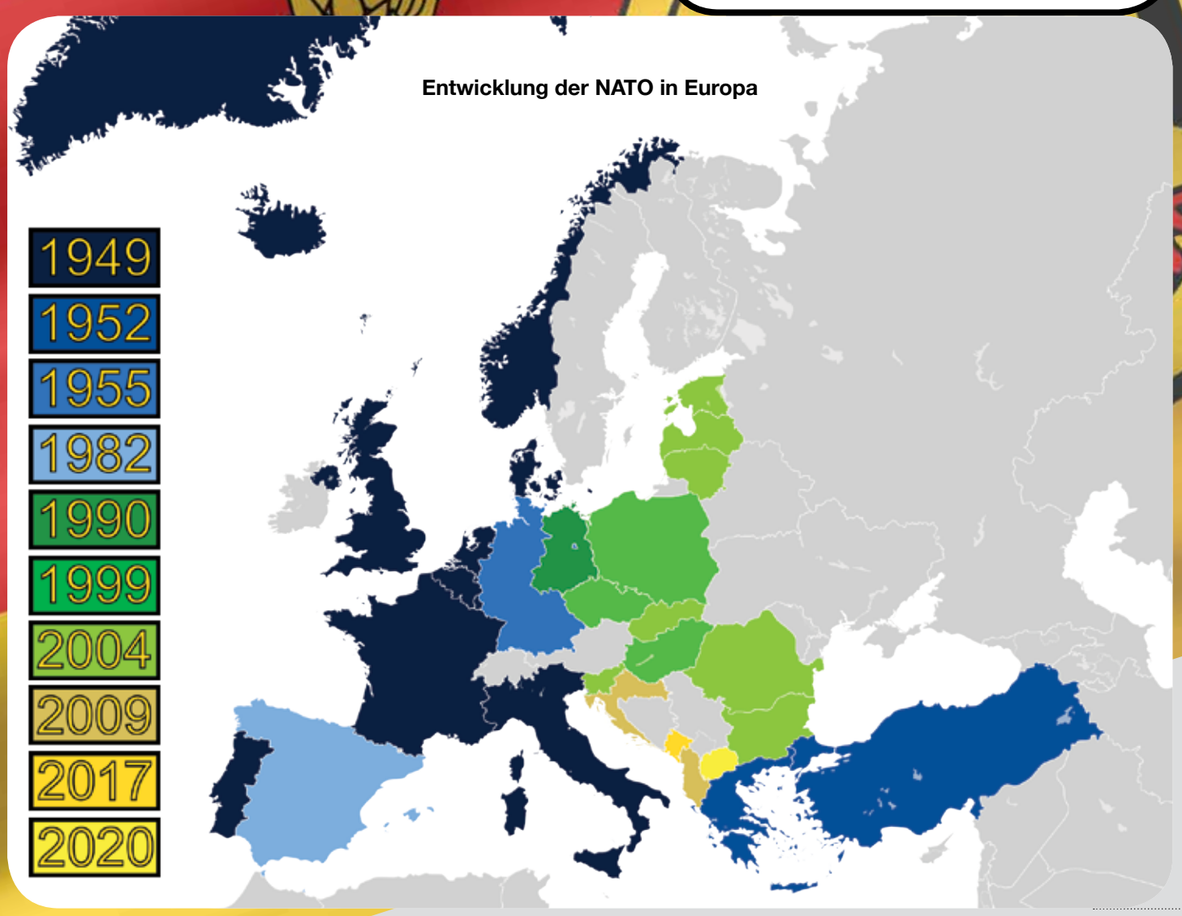
30 Jahre Einheit – und heute?

Die DDR – ja und?

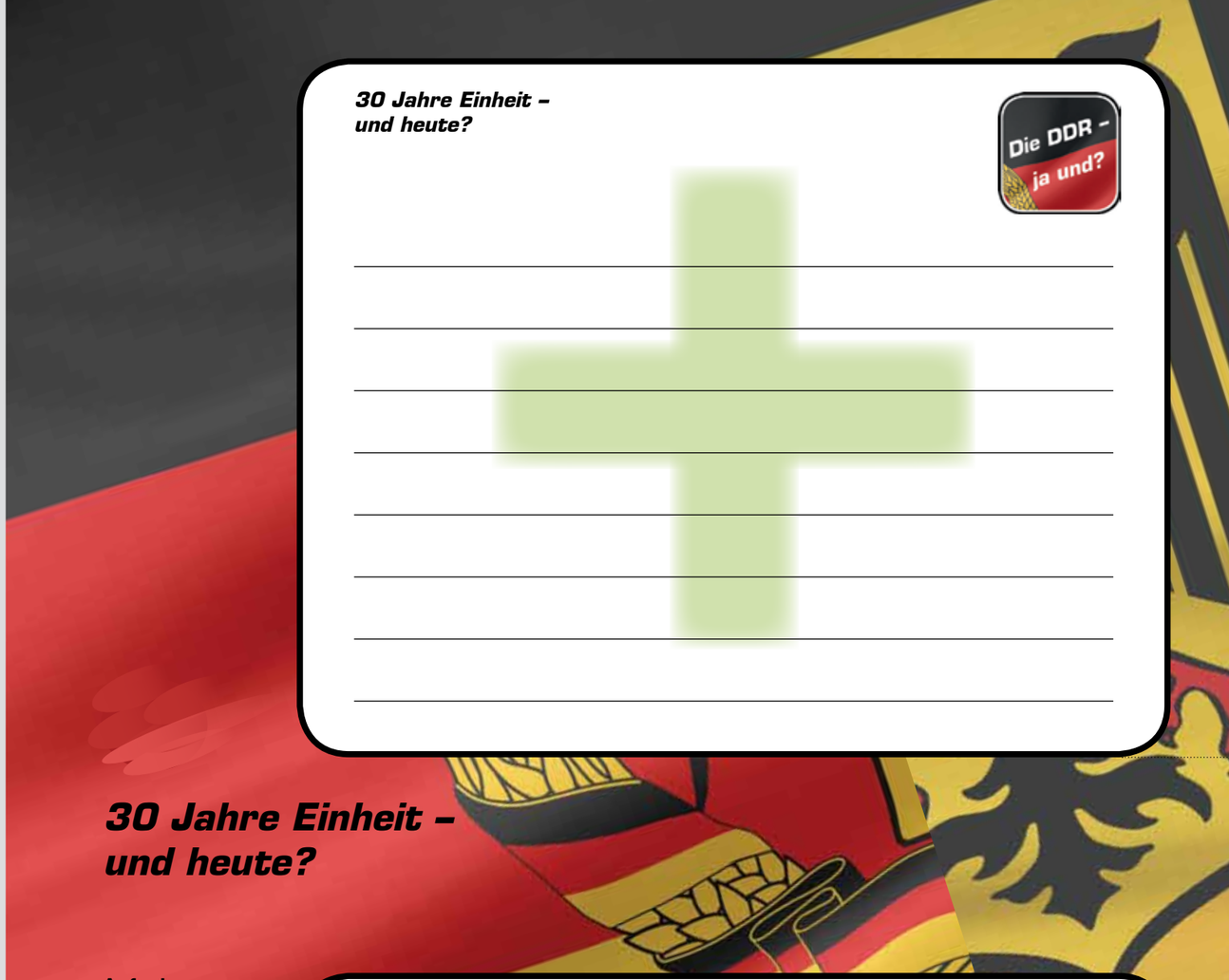
Aufgabe

Beschriftet die Bilder mit einer selbstgewählten Unterzeile. Sucht einige für euch wichtige Bilder aus und gestaltet damit euer Poster.

Entwicklung der NATO in Europa



Grafik: Patrickneil, Lizenz: http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/



30 Jahre Einheit – und heute?

30 Jahre Einheit – und heute?

Aufgabe

Diskutiert gemeinsam in eurer Gruppe, welche Punkte und Entwicklungen eures Themas ihr als positiv und welche ihr als negativ beurteilt. Schreibt diese Punkte in eigenen Worten in die nebenstehenden Kästen. Das grüne Plus-Zeichen steht für positive, das rote Minus-Zeichen für negative Entwicklungen. Erst danach zieht ihr gemeinsam ein Fazit, das ihr in den Kasten auf dem anderen Aufgabenblatt „Unser Fazit“ ausfüllt. Schneidet dann die Kästen aus und klebt sie auf euer Plakat.

30 Jahre Einheit – und heute?

Die DDR – ja und?

Unser gemeinsames Fazit
zu 30 Jahre Einheit

Wie sieht die Situation heute aus?

Für unsere Zukunft bedeutet das...

EVALUATIONSBOGEN
30 JAHRE DANACH – TRANSFORMATIONS-GESCHICHTE UND DEUTSCHE EINHEIT

Fragebogen zur Projektevaluation

Alter: ☐ (in Jahren) Geschlecht: ☐ (W/M)

1. Mit dem Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur am Beispiel der DDR haben wir uns bereits im Unterricht beschäftigt. (Bitte kreuze an)

☐ Trifft voll und ganz zu ☐ Trifft eher zu ☐ Trifft eher nicht zu ☐ Trifft gar nicht zu

2. An der vorliegenden Mappe fand ich

besonders gut: _____

nicht so toll: _____

3. Wie schätzt du die Vielfalt der Materialienmappe ein?

☐ Sehr abwechslungsreich ☐ Eher weniger abwechslungsreich ☐ Gar nicht abwechslungsreich

4. Waren die Texte für dich verständlich?

☐ Sehr gut verständlich ☐ Gut verständlich ☐ Weniger gut verständlich

5. Hättest du dir noch mehr Inhalt gewünscht? ☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja, was genau?

_____

6. Trug das Material zum besseren Verständnis der Geschichte der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit bei?

☐ Trifft voll und ganz zu ☐ Trifft eher zu ☐ Trifft eher nicht zu ☐ Trifft gar nicht zu

7. Hast du das Gefühl, zu diesem Thema viel dazu gelernt zu haben?

☐ Ja ☐ Eher nicht ☐ Nein

8. Welches Thema zur Geschichte der Einheit hättest du dir noch gewünscht?

_____

MIC gGmbH
Maastrichter Str. 38a,
50672 Köln
Telefon.: +49 (221) 925950 - 0
Mail: info@mic-net.de
Web: www.mic-net.de
Facebook: facebook.com/Mic-Design-Verlag

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Schulische Bildungsarbeit
Kronenstraße 5, 10117 Berlin
Telefon: +49 (30) 31 98 95 - 0, Fax: +49 (30) 31 98 95-210
Mail: buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de
Web: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
Facebook: facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung